

NACHRICHTEN

Das Schwarzbuch der Push-Backs: Wie Geflüchtete gewaltsam aus EU-Ländern vertrieben werden.

3

BEWEGUNG

Ein eigenes Bildungssystem: Wie die indigene Bewegung im Cauca ihre Kultur wiederbelebt.

6

GENOSSENSCHAFTEN

In guter Atmosphäre: In der Konstruktiv eG arbeiten sechs Schlosser gleichberechtigt zusammen.

7

BIOTONNE

Für eine Sanitärwende: Wie und warum wir unsere Nährstoffkreisläufe besser schließen sollten.

13

CITY OF COLLABORATION



▲ Die WoGen Wohnprojekte-Genossenschaft e.Gen. ist Österreichs erste und einzige Bauträgerin, die ausschließlich gemeinschaftliche Wohnprojekte verwirklicht.

Foto: Sascha Pseiner

Stadt als reale Utopie

Das Projekt »City of Collaboration« (CoC) wird von der Stadt Graz im Rahmen des »Kulturjahr 2020« gefördert, um Ideen für wirtschaftliche Zukünfte der Stadt Graz zu entwickeln. Der Verein »Transition Graz« leitet das Projekt. Das RCE Graz-Styria, das Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation der Universität Graz, ist Partner. Zusätzlich unterstützen der Raiffeisenverband Steiermark und der Österreichische Genossenschaftsverband »City of Collaboration« finanziell.

ANDREAS EXNER, RCE GRAZ

Wie wollen wir wirtschaften? Diese Frage bezieht sich nicht auf etwas uns Fernes, sondern auf das Hier und Jetzt, auf eine gelebte Utopie. Die Zukunft ist die Möglichkeit einer anderen Welt, die in jedem Moment präsent ist. In dieser Zukunft kooperieren wir anstatt zu konkurrieren, teilen unser Wissen, unsere Fähigkeiten und unsere Räume, und gehen das Tempo der Langsamsten. Die Möglichkeit eines besseren Lebens im Hier und Jetzt besteht nicht darin, möglichst rasch ein Ziel zu erreichen, das vermeintlich anderswo liegt. Die Transformation beginnt vielmehr

im Rahmen dessen, was wir vorfinden. Sie macht sichtbar, was da ist, verschiebt Schwerpunkte, interpretiert Vorhandenes neu, nimmt die Bausteine der Gegenwart und setzt sie für ein besseres Leben anders zusammen. Das ist der Ausgangspunkt von »City of Collaboration«.

»City«, also »Stadt« steht hier für die Gesellschaft insgesamt. »City of Collaboration« zielt auf eine Stadt der Kooperation, der Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit ist heute weltweit zu denken, von lokalen Kooperationen ausgehend über regionale Zusammenschlüsse bis hin zu den globalen Austauschverhältnissen, die oft von scharfer Ausbeutung und Herr-

schaft geprägt sind. Graz ist dafür ein utopischer Raum unter vielen anderen, auf dem Land wie in der Stadt.

»City of Collaboration« versucht, Solidarische Ökonomien wieder in Erinnerung zu rufen. Dazu beschreitet das Projekt verschiedene Wege. Die Website wurde zu einer Drehscheibe für Informationen ausgebaut, die wir noch deutlich erweitern wollen. Weiters haben wir eine Ausstellung auf zehn Tafeln entwickelt, die interessierten Jugendlichen und Erwachsenen eine »Wirtschaft für den Menschen« näher bringen und die Themen »Solidarische Ökonomie, Genossenschaften und Demokratie« beleuchten (Seite 11). Im September 2020 fand ein Akti-

onstag »Genossenschaften für alle!« statt, der Menschen im öffentlichen Raum mit Genossenschaften aus Graz und Umgebung bekannt gemacht hat (Seite 9). Darüber hinaus erkundet das Projekt Möglichkeiten, Genossenschaften als Formen Solidarischer Ökonomien in Graz und Umgebung voranzubringen. Dazu gehört die Diskussion eines Gründungs- und Kompetenzzentrums für Genossenschaften. Außerdem möchte »City of Collaboration« auch die Idee der Schüler*innengenossenschaft in Graz bekannt machen und erste Projekte anstoßen.

Bei der Degrowth-Konferenz in Wien 2020 sowie beim Weltsozialforum zu Solidarischen Ökonomien in Barcelo-

na hat die Projektgruppe Workshops zur Frage nach den richtigen Strategien für eine Solidarische Ökonomie abgehalten. Im Herbst 2020 folgte ein Workshop bei den Vienna Degrowth Days, der das Thema weiter vertiefte. Aufbauend auf den Ergebnissen wollen wir mit allen Interessierten ein Manifest für Solidarische Ökonomie verfassen. »City of Collaboration« soll dafür als Plattform dienen. Im nächsten Schritt möchten wir dazu auch Kontakt mit anderen Städten aufnehmen: für viele »Cities of Collaboration«.

Links:
cityofcollaboration.org
kulturjahr2020.at

ERHALT VON BEDROHTEN DÖRFERN

Kohleausstieg: Gutachten wurde zurückgehalten

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat über ein Jahr lang die Herausgabe einer Studie verweigert, die belegt, dass mit den Ergebnissen der Kohlekommission mindestens sechs der sieben vom Tagebau bedrohten Dörfer in Deutschland gerettet werden könnten.

BÜNDNIS »ALLE DÖRFER BLEIBEN«

Die Studie wurde vom Wirtschaftsministerium im Zuge der Kohlekommission selbst beauftragt, um herauszufinden, wie viel Kohle bis zum

Ausstieg 2038 noch benötigt wird. Das Bündnis »Alle Dörfer Bleiben« kritisiert das Vorgehen des Ministeriums als »zutiefst undemokratisch« und fordert den Rücktritt von Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Das Kohleausstiegsgesetz sei auf Grundlage unvollständiger Faktenlage beschlossen worden und darum rechtlich nicht haltbar. Das Bündnis fordert eine gesetzliche Absicherung für den Erhalt der bedrohten Dörfer.

»Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat einfach ein Gutachten verschwinden lassen, das der Kohle-Lobby nicht

gepasst hat. Der Bundestag wurde getäuscht. Dafür muss Altmaier zurücktreten. Wir fordern, dass jetzt schnellstmöglich rechtlich geklärt wird, dass unsere Dörfer bleiben können. Bis dahin muss die Regierung unterbinden, dass die Kohlekonzerne vor Ort durch Abrisse und Rodungen Fakten schaffen«, so David Dresen aus dem bedrohten Dorf Kuckum im Rheinland.

Laut einem Artikel im Magazin »Der Spiegel« vom 16. Dezember hielt das Bundeswirtschaftsministerium seit November 2019 eine Studie unter

Verschluss, die besagt, dass sowohl das Dorf Mühlrose in der Lausitz als auch fünf Dörfer im Rheinland erhalten werden können. Dies entspräche auch den Empfehlungen der Kohlekommission. Das Ministerium wich jedoch von den Vorschlägen der Kommission ab und beschloss zusammen mit dem Kohlekonzern RWE und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet eine Abbaggerung aller bedrohten Dörfer im Rheinland. Britta Kox aus dem bedrohten Dorf Berwerath ist fassungslos: »Wäre dieses Gutachten früher bekannt gewesen,

würde es das Kohlegesetz in seiner heutigen Form nicht geben und unsere Dörfer wären bereits gerettet.«

Trotz des bekannt gewordenen Gutachtens begann der Kohlekonzern RWE am 17. Dezember, Bäume direkt vor dem bedrohten Ort Keyenberg am Tagebau Garzweiler zu roden. Keyenberg gehört zu den fünf Dörfern der Region, die gerettet werden könnten. Mit der Fällung von Bäumen an der ehemaligen L277 fällt der letzte Sichtschutz zwischen Keyenberg und dem Tagebau.

Link: www.alle-doerfer-bleiben.de

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

| | | | |
|---|----------------|--|-----------------|
| NACHRICHTEN PUSH-BACKS AN DEN EU-GRENZEN | SEITE 3 | SCHWERPUNKT CITY OF COLLABORATION | SEITE 9 |
| PROJEKTE GEDENKEN AN AUSCHWITZ-BEFREIUNG NETZWERK SELBSTHILFE | SEITE 4 | SMART CITY - EIN LUFTSCHLOSS? | SEITE 10 |
| PROJEKTE EIN KIEZ UND DORF FÜR ALLE | SEITE 5 | DORFGENOSENSCHAFT UM'S EGG AUSSTELLUNG »ALTERNATIV WIRTSCHAFTEN« | SEITE 11 |
| BEWEGUNG BILDUNG DER INDIGENEN BEWEGUNG IM CAUCA | SEITE 6 | ALLMENDA SOCIAL BUSINESS EG | SEITE 12 |
| GENOSSENSCHAFTEN KONSTRUKTIV EG PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN | SEITE 7 | BIOTONNE FÜR EINE SANITÄRWENDE SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT GEGEN RECHTS | SEITE 13 |
| ÜBER DEN TELLERRAND 100. GEBURTSTAG VON MURRAY BOOKCHIN RECHTSTICKER | SEITE 8 | KUNST & KULTUR DIE NEUE CD VON EWO ² BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE | SEITE 14 |
| | | REZENSIONEN DAS GURUPARADOX ENERGIEWENDE UND MEGATRENDS UNGLEICHHEIT IN DER KLASSENGESELLSCHAFT KLASSENREISE REISE NACH UTOPIA | SEITE 15 |
| | | TERMINE, KLEINANZEIGEN KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM | SEITE 16 |

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmontat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich (51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2021

Auf Kurs

Liebe Leser*innen,

es ist geschafft: Unsere Jahresabschluss ist ausgeglichen. Dank weiterer Unterstützung in Höhe von aktuell 2.117,22 Euro kamen in den letzten beiden Monate insgesamt 2.893,22 Euro zusammen. Das ist sensationell. Großen Dank an alle! Um das Spendenziel der Aktion 2021 in Höhe von 8.000 Euro zu erreichen, braucht es nun noch 500 Euro pro Monat an Spenden. Das scheint machbar, wenn es noch viele Leser*innen so sehen, wie es in einem Brief an uns zum Ausdruck kam: »Liebe Leute, da ich euch sehr wichtig, einzigartig und notwendig finde, werde ich euch noch eine Spende zukommen lassen.«

Aber es gibt auch trübes Licht. Viele haben in Corona-Zeiten mit geringeren Einkommen zu kämpfen. Das zeigt sich auch in der Abo-Entwicklung: Erstmals seit einigen Jahren konnten wir die Zahl der Abos und der Fördermitglieder nicht stabil halten. Von Dezember 2019 bis Dezember 2020 waren es im Vergleich 13 Abos und vier Fördermitglieder weniger. Das ist nicht dramatisch, nur wenn sich der Trend fortsetzt, wird es knifflig.

Es ist aber auch Ausdruck davon, dass die CONTRASTE wegen der Pandemie kaum noch ausgelegt werden kann, auch auf Demonstrationen ist das Verteilen schwierig geworden. Da gilt es auch für unser Projekt: durchhalten, neue Wege gehen und wieder auf bessere Zeiten hoffen.

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

GELD UND RUHM

ULI FRANK

Na endlich! Nachdem Götz Werner, Gründer des dm-Drogeriemarktes, sich seit Jahrzehnten gesellschaftspolitisch verdient macht, indem er unermüdlich für das bedingungslose Grundeinkommen wirbt, etwa mit seinem Buch »Grundeinkommen für alle« (2007), konnte sein Konkurrent Dirk Rossmann das nicht länger auf sich sitzen lassen. Gerade hat er einen ambitioniert gemeinten Roman zum Klimawandel veröffentlicht: »Der neunte Arm des Oktopus«.

In einer ganzseitigen Anzeige feiert der frisch berufene Autor gerade das »überragende Medienecho« auf sein Werk: »Das ist Hammer. Super spannend. Respekt! Udo Lindenberg«

Dass Reichtum sich nach Ruhm sehnt, ist nicht neu. Geld scheint letzten Endes doch nicht so geil zu sein wie gesellschaftliche Anerkennung.

Der aktuell bekannteste Mäzen dürfte Bill Gates sein, der sein ganzes Geschäftsleben lang die Verbreitung freier Software und offener Standards behinderte, um sein eigenes proprietäres Betriebssystem durchzusetzen. Auch er ging unter die Autor*innen: »Digitales Business. Wettbewerb im Informationszeitalter« (1999). Jetzt verwaltet er mit seiner Frau Melinda die größte Stiftung der Welt. Er kündigte an, dass er bis an sein Lebensende 95 Prozent seines Vermögens an die Stiftung abgeben werde.

George Soros, der wohl berühmteste Börsenspekulant der letzten Jahrzehnte, hatte 1992 gegen das britische Pfund spekuliert und dabei eine Milliarde US-Dollar gewonnen und wenig

später Malaysia durch seine Spekulationen an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht. 1998 veröffentlichte er sein Buch »Die Krise des globalen Kapitalismus«, in dem er zwar einerseits seine Spekulationsgewinne als legal verteidigte, aber gleichzeitig das System, das diese Spekulationen nahelegt, heftig kritisierte: »Die Skrupellosen gelangen nach oben. Das ist einer der beunruhigenden Aspekte des kapitalistischen Weltsystems.« Wie um zu beweisen, dass diese Diagnose auf ihn nicht zutrifft, betätigt er sich jetzt an vielen Stellen als Wohltäter und Systemkritiker. 2010 etwa spendete er für die Legalisierung von Marihuana 100.000 Dollar. Und er finanzierte in Großbritannien Kampagnen gegen den Brexit und in den USA gegen Trump.

Reichtum hilft oft dabei, zu Ruhm und zu gesellschaftlicher Anerkennung zu kommen. Aber es gibt auch Gegenbeispiele: Heidemarie Schwermer lebte bis zu ihrem Tod 2016 einen Großteil ihres Lebens ohne Geld, was sie in ihrem Buch »Das Sterntalerexperiment« dokumentierte, und wurde gerade deshalb berühmt und in viele Talkshows eingeladen.

Eines Tages meldete sich bei ihr ein reicher Unternehmer, der ihr alle Wünsche erfüllen wollte, wenn sie ihn nur ins Fernsehen bringen und ihm damit gesellschaftliche Aufmerksamkeit verschaffen würde. Er hatte es vorher auch schon mit einem Buch versucht, das allerdings keine Beachtung fand – vielleicht, weil der Titel zu ehrlich war. Er lautete »ICH«.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter koordination@contraste.org

Wir danken den Spender*innen

| | |
|------------------------|----------|
| T.I. | 55,00 |
| P.E. | 5,00 |
| S.C. | 15,00 |
| M.M. | 5,00 |
| F.N. | 15,00 |
| E.-U.F. | 1.000,00 |
| F.+G.B. | 100,00 |
| W.R. | 7,00 |
| H.J. | 70,00 |
| Klaus-Peter Dernbecher | 100,00 |
| J.W. | 100,00 |
| L.C.+L.M. | 8,00 |
| U.+J.R. | 50,00 |
| K.N. | 15,00 |
| Gabriele Steffan+Armin | 100,00 |
| Scholl | 50,00 |
| B.D. | 50,00 |
| S.U. | 150,00 |
| S.G. | |

Spendenticker »Aktion 2020«

36,17 % finanziert 2.893,22 Euro Spenden 5.106,78 Euro fehlen noch

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **5.106,78 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

Die Gewalt an EU-Außengrenzen beenden



▲ Aktivist*innen demonstrieren im April 2020 mit mehreren Mahnwachen in Hamburg gegen die Situation an den EU-Außengrenzen.

Foto: Rasande Tyksar / flickr.com

Das »Border Violence Monitoring Network« (BVMN) hat am 18. Dezember 2020 eine umfangreiche Publikation über illegale Push-Backs an den europäischen Grenzen veröffentlicht. Das Buch mit dem Titel »Black Book of Pushbacks« (dt. »Das Schwarzbuch der Push-Backs«) sammelt eine Fülle von Belegen für diese Gesetzesverstöße und analysiert im Detail, wie systematisch diese brutalen Aktionen an den EU-Grenzen durchgeführt wurden – ohne dass dafür jemand zur Rechenschaft gezogen wurde.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Nach internationalem Recht sind sogenannte »Push-Backs« illegal. Geflüchtete werden dabei gewaltsam über Grenzen zurückgedrängt, anstatt ihnen im Zielland einen Aufenthalt und/oder ein Asylverfahren zu gewähren. So wurde zum Beispiel 2020 nachgewiesen, dass die kroatische Polizei illegale Push-Backs an der bosnisch-kroatischen Grenze gegen Geflüchtete vornimmt. Auf Videos war mehrfach zu sehen, wie Menschen, die versuchten, nach Bosnien zu gelangen, geschlagen und zurückgedrängt wurden. Das kroatische Innenministerium bestritt dies und warf NGOs vor, sie wollten die Behörde diskreditieren und die Tatsache anzweifeln, dass Kroatien das Recht habe, seine Grenzen zu schützen. Mit dieser Argumentation hatten kroatische Behörden auch auf frühere Gewaltvorwürfe reagiert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hatte im Februar 2020 geurteilt, dass Push-Backs an der EU-Außengrenze unter

gewissen Umständen erlaubt sind und nicht gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstoßen. Hingegen kritisieren Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl regelmäßig Push-Backs an den EU-Außengrenzen.

Das Border Violence Monitoring Network macht darauf aufmerksam, dass Push-Backs sowohl gegen die Grundrechtecharta der EU als auch gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen. Das würden die Autoritäten der Mitgliedsstaaten aber ignorieren. Vor allem seit der Schließung der sogenannten Balkanroute 2016 hätte sich eine »gut koordinierte, systematische Praxis« entwickelt, die im Grenzregime der EU zunehmend verbreitet sei, aber nicht offiziell eingestanden werde. Das »Black Book« dokumentiert auf 1.500 Seiten alle Fälle, die dem BVMN vorliegen. Die tatsächliche Zahl der Opfer sei aber wahrscheinlich sehr viel höher.

Unmenschlich und gnadenlos

Insgesamt beinhaltet die Publikation die Fälle von 12.654 Menschen, die in Italien, Griechenland, Kroatien, Slowenien und Ungarn entlang der sogenannten »Balkanroute« gewaltsam zurückgedrängt erfahren haben – verübt von Polizist*innen, Grenzschutz-Mitarbeiter*innen, Soldat*innen und sogar Wachhunden. Zur Dokumentation gehören Karten, Daten, Fotos und andere Schlüsselinformationen. Manche Fälle könnten zweifelsohne als sadistisch, gnadenlos, entwürdigend und beschämend beschrieben werden, so das BVMN.

15 Organisationen haben zu dem Buch beigetragen. Es ist entstanden in

Zusammenarbeit mit der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament, um diese Praxis in die Öffentlichkeit zu bringen – damit EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedsstaaten endlich zur Verantwortung gezogen werden für die unmenschliche und herabwürdigende Behandlung, die Geflüchteten an den Grenzen widerfährt. Symbolisch haben deshalb die beiden Abgeordneten Malin Björk und Miguel Urbán das Buch der EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, in Brüssel präsentiert.

Die deutsche EU-Abgeordnete Cornelia Ernst sagte dazu: »Während meiner Zeit im EU-Parlament habe ich viele Orte in und außerhalb der EU-Grenzen besucht: Lampedusa, Lesbos, Edirne, Bihać, Preševo. Egal, wo wir hinkamen, wir haben Kinder, Frauen und Männer getroffen, die litten. In den letzten Jahren ist die Situation nur noch schlimmer geworden. Wir waren geschockt von den endlosen Berichten über sadistische und gnadenlose Gewalt, die an brutale Diktaturen erinnert. Das Buch bringt ein wenig Licht in dieses dunkle Kapitel der EU.« Sie hofft, dass die Veröffentlichung einen Beitrag leistet, damit diese Verbrechen enden und die verantwortlichen Regierungen zur Verantwortung gezogen werden.

Das BVMN ist ein unabhängiges Netzwerk von NGOs und Initiativen, vor allem aus Regionen des Balkans und Griechenland, die Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der EU beobachten und für ein Ende der Gewalt gegen Geflüchtete eintreten. Gegründet wurde das Netzwerk 2016. Es hat ein Meldesystem entwickelt, um Erfahrungsberich-

te und Beweismaterial zu sammeln, die nach einer Faktenprüfung veröffentlicht werden. Freiwillige und Aktivist*innen von unterschiedlichen Organisationen, wie zum Beispiel »No Name Kitchen« oder »Collective Aid«, führen Einzelgespräche und Interviews mit kleinen Gruppen – und speisen die gesammelten Daten in eine standardisierte Vorlage ein. Sie erscheinen dann auf einer Karte mit allen Informationen zum Ort und den involvierten Personen. Auf Grundlage dessen gibt das BVMN einen monatlichen Report und umfangreiche Statistiken heraus.

Einer der letzten Erfahrungsberichte, der auf der Webseite von BVMN veröffentlicht wurde, handelt von einem Push-Back von sieben Personen, darunter auch Kinder, aus Kroatien nach Bosnien. Zwei Männer aus Algerien berichteten gegenüber »No Name Kitchen«, dass kroatische Polizist*innen sie aufgriffen und sie durchsuchten – dafür mussten sie sich komplett ausziehen. Sie mussten ihre Handys abgeben. Gemeinsam mit einer Familie aus Afghanistan wurden sie an die bosnische Grenze transportiert, wo eine andere Gruppe von Uniformierten die Geflüchteten in Empfang nahm. Alle mussten ihre Habseligkeiten, wie Ruck- und Schlafsäcke, abgeben – die anschließend von Polizist*innen in Brand gesetzt wurden. Danach wurden sie gezwungen, die Grenze zu überqueren und die EU damit wieder zu verlassen.

Das Schwarzbuch und viele weitere Berichte sind (in englischer Sprache) online verfügbar unter: www.borderviolence.eu

Neuer Kiezladen in Berlin

Bereits im Dezember sollte in der Sonnenalle 154 in Berlin-Neukölln ein neuer Kiezladen eröffnet werden. Ein Kollektiv hat diesen Raum eigenständig saniert und bisher rund 12.000 Euro für Material ausgegeben. Die Miete muss schon gezahlt werden, obwohl die Räume im Zuge der Corona-Pandemie noch nicht so genutzt werden können wie geplant. Entstehen soll hier ein unkommerzieller und selbstverwalteter Raum für Begegnung, Beratung, politische Bildung und Organisation – ein Raum der Solidarität, den die Betreiber*innen gerade in Zeiten der Krise für ungemein wichtig halten: »Der Kiezladen versteht sich als soziale und kulturelle Infrastruktur im Kiez und somit als ein Werkzeug von vielen, um soziale Kämpfe zu führen.«

Um die kurzfristige Existenz zu sichern, hat das Kiezladen-Kollektiv eine Spendenkampagne gestartet: <https://tinyurl.com/y9nq68gw>

Für die langfristige Finanzierung werden noch Fördermitglieder gesucht. Alle Infos unter: <https://www.kiezladen.org/>

Die Corona-Pandemie als Brennglas

Studierende und Mitarbeiter*innen der Universität Bremen haben eine digitale Ausstellung über »Politiken des Lebens in Zeiten der Corona-Krise« erstellt, die ab sofort besucht werden kann. Sie ist bewusst als »Mosaik« mit sieben Räumen aufgebaut, das sehr unterschiedliche Perspektiven einbindet, zum Beispiel »Politiken der Freiheit« oder »Politiken der Ungleichheit«. Neben Theorien der Bio- und Seuchenpolitik, Immunisierung, Verletzbarkeit und Prekarisierung wurden zivilgesellschaftliche Akteur*innen nach ihrem Wissen und ihren Erfahrungen über Ein- und Ausschlüsse, Gefährdungen und Solidaritäten sowie den Auswirkungen der Corona-Politiken auf ihre Lebens- und Arbeitsweisen befragt.

Link: www.covid19-mosaik.de/

betterplace.org

Diese Seite wurde mit 250 Euro von Spender*innen über betterplace.org finanziert. Vielen Dank!

Mitmachen via [betterplace.org/p/56276](https://www.betterplace.org/p/56276)

ANZEIGE

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 31. Jg. Nr. 124, Dez. 2020, 248 Seiten

Kritik der Extremismustheorie

Schulz – »Wehrhafte Demokratie« / Feldmann – »Antixtremismus« / Renner/Wehrhahn – »Nach rechts offen – Staat und Sicherheitsbehörden« / Wiegand – »Totalitarismustheorie und rechte Geschichtspolitik« / Bollinger – »Totalitarismus« im neuen Kalten Krieg

Corona-Krise

Foster/Suwandi – »Covid-19 und Katastrophekapitalismus (II)« / Goldberg/Leisewitz/Reusch – »Corona-Krise – zweite Welle« / Behnen – »Mit einem »Wumms« in die Inflation?«

Gewerkschaften: Müller/Kilroy – »Streikmonitor 1. Halbjahr 2020« / IG Metall – »Offensive Tarif- und Gewerkschaftspolitik 2021« / Krull/Steinrück – »Arbeitszeitverkürzung«

Relektüre Lenin (1870-2020): Hedeler/Külowl/Neuhaus – »Lenins Autorenwerkstatt« / Kosing – »Lenin und die Theorie des Sozialismus« / Kolias – »Lenins Hegel-Lektüre« / Alessandrini – »Lenin in Italien«

Und: Göcht/Schölzel/Sorg/Voss – »Neuere Hegel-Literatur« / Zimmer – »So viele Fragen: Habermas-Kritik« / Fülberth – »Zu Plumpe, Das kalte Herz«

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefen/Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 €, Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
- e-mail: redaktion@zme-net.de

STUTTGARTER FRIEDENSPREIS

Freiheit für Assange!

Den Stuttgarter Friedenspreis 2020 der »Anstifter« erhält Julian Assange, investigativer Journalist, Programmierer und Gründer der Enthüllungplattform Wikileaks. Assange sitzt bekanntlich seit mehr als einem Jahr im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh Prison im Südosten Londons ein. Ihm drohen die Ausweisung in die Vereinigten Staaten und 175 Jahre Haft.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Zur Preisverleihung sagte Bascha Mika, ehemalige Chefredakteurin der taz sowie der Frankfurter Rundschau: »Wikileaks hat unter anderem Videos veröffentlicht, die Kriegsverbrechen zeigen. Um solche Vorgänge öffentlich zu machen, braucht es Mut und Aufklärungswillen. Beides hat Julian Assange mit Wikileaks bewiesen. Dafür büßt der Gründer der Enthüllungplattform bereits seit Jahren mit seiner Freiheit, mit

seiner psychischen und physischen Gesundheit.«

Und Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter für Folter sagte: »Ich habe es noch nie erlebt, dass sich eine Gruppe demokratischer Staaten zusammengeschlossen hat, um ein einzelnes Individuum so lange Zeit bewusst zu isolieren, zu dämonisieren und zu missachten.«

Mit dem Stuttgarter Friedenspreis zeichnen die Anstifter seit 17 Jahren

Menschen und Projekte aus, die sich in besonderer Weise für »Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität« einsetzen. Diesmal haben etwa 500 AnstifterInnen an der Wahl teilgenommen, der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Die für Anfang Dezember geplante Friedensgala musste »coronabedingt« ins Frühjahr 2021 verschoben werden.

Link: <https://stuttgarter-friedenspreis.de/>

GEDENKEN AN AUSCHWITZ-BEFREIUNGSTAG IN KÖLN

Erinnern - eine Brücke in die Zukunft

Jedes Jahr zum 27. Januar, dem Gedenktag an die Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz, füllt sich die Kölner Antoniterkirche. Zu dieser Veranstaltung lädt seit 1997 ein breites Bündnis von mittlerweile 42 Organisationen ein. Eine Projektgruppe bereitet die Veranstaltung vor. Regelmäßig kommen in der Veranstaltung gegenwärtige und örtliche Bezüge zur Sprache. Die Geschichte dieses Gedenkens skizziert der folgende Beitrag von Klaus Stein, seit 2010 Mitorganisator der Veranstaltung.

KLAUS STEIN, KÖLN

Am 3. Juni 1945 versammelten sich in Köln 1.500 Menschen am Hansaplatz. Sie weihten die erste Kölner Gedenkstätte für Naziopfer ein. Die Feierstunde erinnerte daran, dass im nahe gelegenen Gefängnis Klingelpütz über 1.000 Nazigegner*innen hingerichtet worden waren. Sieben ermordete Zwangsarbeiter*innen hatte man eben ausgegraben. Auf der senkrecht stehenden Grabplatte heißt es: »Hier ruhen sieben Opfer der Gestapo. Dieses Mal erinnere an Deutschlands schandvollste Zeit 1933-1945«.

Das Gedenken an die Nazizeit nahm aber in der Folge einige Wendungen. So wurde 1959 die Grabplatte am Hansaplatz flach gelegt und um die Skulptur »Frau mit totem Kind« ergänzt. Es handelt sich um die Replik einer Figur von einer sechsteiligen Gruppe »Bomslachtoffer« (Bombenkriegsopfer) aus dem niederländischen Enschede. Die Skulptur stellt nunmehr die Erinnerung an die Zivil- und Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges in den Vordergrund. Nach Ursachen und Schuld wird nicht mehr gefragt.

Kurt Lischka, der im Jahr 1940 Gestapochef im Kölner EL-DE-Haus gewesen war und wenig später verantwortlich für die Deportation von 76.000 Jüdinnen und Juden aus Paris, konnte unbehelligt in Köln leben und arbeiten, obwohl er 1950 in Frankreich in Abwesenheit verurteilt worden war. 1971 hatten Beate und Serge Klarsfeld versucht, ihn nach Frankreich zu entführen und ihn der dortigen Justiz zu übergeben. Das erregte Aufsehen. Aber es war zunächst Beate Klarsfeld, die vor Gericht gestellt und verurteilt wurde. Erst am 23. Oktober 1979 begann vor dem Landgericht Köln ein Prozess gegen Kurt Lischka. Am 11.



▲ Gedenkveranstaltung in der Antoniterkirche 2020 mit Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker (2. von rechts)

Foto: Klaus Stein

Februar 1980 wurde er zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Im Jahr 1996 endlich, 51 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee und 32 Jahre nach dem Beginn des Auschwitzprozesses in Frankfurt, proklamierte Bundespräsident Herzog den 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Ausdrücklich war für ihn der Anlass, dass im Jahr davor, zum 50. Jahrestag der Befreiung, zahlreiche »der Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes und der Millionen Menschen, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden, gedacht worden war«.

Seitdem drängen sich an jedem 27. Januar die Menschen in der Kölner Antoniterkirche zur Gedenkstunde.

Ein breites Bündnis trägt diese Veranstaltung. Jedes Jahr wird eine Textcollage erarbeitet. Schauspielerinnen und Schauspieler tragen sie vor. Lichtbilder und Musik ergänzen das.

2014 kam der Kölner Widerstand Ende 1944 in den Blick, 2015 wurden die hiesigen Künstler*innen thematisiert, 2016 die Kölner Schulen, 2017 ging es um Flucht und Asyl.

Die Erinnerung an NS-Verbrechen und ihre Opfer wird unterdessen durch rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure massiv in Frage gestellt. Björn Höcke (AfD) forderte eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« und sprach von einer »dämlichen Bewältigungskultur«. Folglich lag der Entschluss nahe, die Geschichte und Bedeutung der Kölner Erinnerungskultur selbst zum

Thema einer Gedenkveranstaltung zu machen. So geschah es 2018.

2019, 80 Jahre nach Kriegsbeginn, war der Blick auf diejenigen gerichtet, die für diesen Krieg Waffen produzierten und von ihm profitierten. Aber auch auf gegenwärtige Rüstungsproduzenten, die heutige Kriege anfeuern und von ihnen profitieren.

Am 27. Januar 2020 waren Wirken und Schicksal von Frauen das Thema der Veranstaltung. Wir stellten die kommunistische Arbeiterin und Widerstandskämpferin Gertrud Hamacher vor. Ab 1934 ging sie in die Illegalität und bald ins Ausland, von wo sie Flugblätter und Schriften gegen die Nazis nach Deutschland schmuggelte. Die in Köln geborene Herta Oberheuser, Ärztin im KZ-Ravensbrück, wurde 1947 bei den

Nürnberger Ärztoprozessen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie hat aber davon nur wenige Jahre verbüßt. Die Kölner Jüdin Renée Duering wurde 1943 gemeinsam mit ihrem Mann nach Auschwitz deportiert. Er wurde ermordet. Sie wurde gynäkologischen Experimenten unterzogen. Es gelang ihr, zu fliehen und sie überlebte. Ihre Tochter Nomi Harper und die Enkel Gabriel und Benjamin waren zur Veranstaltung aus den USA angereist und zu Gast in der Antoniterkirche.

Der kommende Auschwitzgedenktag, der 27. Januar 2021, wird coronabedingt nur mit eingeschränkter Besucher*innenzahl in der Antoniterkirche stattfinden können, diesmal zum Thema Gesundheitswesen.

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Kein Mensch ist illegal! Aus dem offenen Brief der Kampagne Legalisierung jetzt

In Berlin leben schätzungsweise zwischen 60.000 und 100.000 migrantische Personen ohne Dokumente. Ihre Lebensbedingungen sind gezeichnet von Unsichtbarkeit und Prekarität. Es fehlt der Zugang zum Gesundheitswesen, dem Wohnungsmarkt, dem Schulsystem, würdiger Arbeit und einem freien Leben. Offensichtlich werden grundlegende Menschenrechte nicht für alle hier lebenden Menschen umgesetzt. Ein Großteil der Personen, die unter dieser illegalisierten Situation leiden, kommt aus dem Globalen Süden. Die Lebensrealität von Frauen* und non-binären Personen mit weiblich gelesenen Körpern ist unter den ohnehin schweren Bedingungen besonders problematisch. So verfügen sie beispielsweise über

keinerlei Möglichkeiten, Vorfälle sexistischer Gewalt anzuzeigen und Schadensersatz zu erhalten. Indessen sind illegalisierte Männer* etwa bei der Arbeitssuche an öffentlichen Orten vermehrt rassistischen Polizeikontrollen nach den Prinzipien des »Racial Profiling« sowie anderem Missbrauch durch diese Institution ausgesetzt. Für die Rechte dieser Menschen interessiert sich die europäische Politik wenig, vielmehr schließt sie weiterhin gewinnbringende Verträge über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen zum Nachteil des Globalen Südens. Dazu werden rückschrittliche Migrationspolitiken ausgebaut und das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit beschnitten. Waren können internationale Grenzen überschreiten, Personen sollen dies nicht können. So werden Menschen illegalisiert und kriminalisiert und zum perfekten Ziel sowohl legaler als auch illegaler Interessen großer Unternehmen

sowie der deutschen Wirtschaft im Allgemeinen. Es geht dabei um essentielle Tätigkeiten in der Carearbeit (Pflege, Kinderbetreuung, Reinigung, etc.) und weitere Bereiche des tertiären Dienstleistungssektors, in der Landwirtschaft, dem Bauwesen und anderen Branchen.

Kampagne zur Legalisierung aller illegalisierten Personen

Die Kampagne, die bereits im November 2020 mit Aktionen gestartet ist, möchte zwei zentrale Probleme in Bezug auf Illegalisierte in den öffentlichen Diskurs bringen: die Kontrolle und Repression dieser Personen durch die Polizei und die Tabuisierung des Themas in der deutschen Gesellschaft. Beides verschärft die eh schon schlechten Lebensumstände und macht diese wie die Personen selbst gesellschaftlich unsichtbar. Dabei haben Italien und Portugal beispielsweise bereits gehandelt,

um Personen zu legalisieren. Und auch in Spanien und Frankreich laufen entsprechende Kampagnen. Für Deutschland fordert die Gruppe: Die dauerhafte Legalisierung aller Personen in illegalisierten Situationen in Berlin! Die Legalisierung mittels juristischer Instrumente wie zum Beispiel dem § 23 des Aufenthaltsgesetzes sowie die Abschaffung des § 87 des Aufenthaltsgesetzes, welcher fordert, dass Angestellte im öffentlichen Dienst (mit Ausnahme der Bildungseinrichtungen) die Information über einen illegalisierten Status weiterleiten. Die COVID-19-Krise hat ein Schlaglicht auf die bestehenden sozialen Ungleichheiten geworfen und diese weiter verschärft. Dabei sind illegalisierte Menschen in besonderem Maße betroffen. In diesem Sinne: Legalisierung Jetzt!

Mehr Informationen:
<https://legalisierungjetzt.net>

SORGE-ÖKONOMIE IM LOKALEN

Kiez und Dorf für Alle

In unserer Utopie leben im Jahr 2048 alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit in Kiezen oder Dörfern zusammen, solidarisch, im Austausch, barrierefrei. Dieser Artikel befasst sich mit den Fragen, wie solche Strukturen gestaltet sein müssen, damit wirklich alle Menschen daran teilhaben können. Er basiert auf einem Workshop, den wir beim Kongress »Zukunft für Alle« des Konzeptwerks Neue Ökonomie 2020 durchgeführt haben, er geht jedoch teilweise darüber hinaus.

SVEN DREBES (BERLIN), ALEXANDRA GERBER (LEIPZIG) UND ANN WIESENTAL (BERLIN)

Bei vielen Überlegungen steht die Analyse und Kritik der Verhältnisse am Anfang und zur Utopie kommt es oft gar nicht. Wir haben uns deswegen sehr über den Kongress gefreut, bei dem es um die Utopie ging. Ein Kriterium, an dem sich unsere Utopie messen lassen muss, ist, dass bei Entscheidungen, Entwicklungen und Priorisierungen der tatsächliche Bedarf der Menschen im Zentrum steht und nicht das Ziel, möglichst schnell und viel Profit zu erzielen. Care-Bedarfe dürfen nicht weiter wie der Bedarf nach Waren organisiert werden und die damit zusammenhängenden Arbeiten und Beziehungen somit nicht warenförmig. Außerdem sollten die Bedarfe sowie die Notwendigkeit guter Bedingungen von den drei Positionen aus gedacht werden: Care-Nehmer*innen, unbezahlte und bezahlte Care-Arbeiter*innen sollen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden.

In den 2010er Jahren kam der technologisch klingende Begriff »inklusive Sozialräume« auf, der diese Strukturen gut beschreibt. Daran erinnern sich im Jahr 2048 allerdings nur noch wenige, weil die inklusive Gestaltung so selbstverständlich geworden ist, dass nicht mehr darauf hingewiesen werden muss. Einige Menschen brauchen weiterhin in mehr oder weniger großem Umfang persönliche Assistenz oder spezialisierte Unterstützungsstrukturen. Care-Bedarfe, wie Kinderbetreuung, Beziehungsarbeit, Kochen und Hausarbeit werden in unterschiedlichen Formen, zu großen Teilen selbstverwaltet und gemeinschaftlich organisiert.

Weniger Erwerbsarbeit

Eine wesentliche Veränderung hat 2048 in der Zeitpolitik stattgefunden. Ein Orientierungspunkt kann hier die »Vier-in-Einem«-Perspektive von Frigga Haug sein. Den Menschen steht danach ähnlich viel Zeit zur Verfügung für vier verschiedene Arten von Tätigkeiten: produktive, reproduktive und politische Arbeit sowie Kreativität, Muße und Freizeit. Dazu musste



▲ Wenn wir weniger Lohnarbeiten, haben wir mehr Zeit für anderes, zum Beispiel für unsere Kinder...

Foto: Lisa Engel / Foto.Raum

der Anteil der Erwerbsarbeit deutlich abnehmen. Die Menschen müssen nicht mehr als 20 Stunden die Woche einer Erwerbsarbeit nachgehen. Damit verbunden ist, dass alle Tätigkeiten des Lebens wertgeschätzt und anerkannt werden und sie befreit sind vom Druck zur Effizienz. Somit stehen die Beziehungen stärker im Zentrum.

Gemeinschaft und Kollektivität haben einen hohen Stellenwert, doch es gibt keinen Zwang. Da wo es den Wunsch nach gemeinschaftlichem, kollektivem Leben gibt, wird es gefördert und unterstützt, Care-Arbeit versteht sich als Angebot. Die dafür notwendigen sozialen Netzwerke sind zusehends wichtiger in unserem täglichen Umgang geworden und prägen unser Dasein nachhaltig, wir tragen uns alle miteinander gemeinsam. Sie sind entstanden, weil wir Solidarität und Soziales leben und stärken, anstatt ökonomisches Kapital zu akkumulieren. Beziehungen sind offener und vielfältiger und bekommen eine mindestens genauso hohe Bedeutung zugemessen wie einst Kleinfamilien. Wir fokussieren uns nicht mehr auf cis-heterosexuelle monogame Beziehungen, wie Kleinfamilien, an denen sich bisher alle anderen Formen der Beziehungen und somit der Care-Arbeit ausgerichtet hatten, sondern erweitern diese zum Beispiel dadurch, dass Menschen, die ein hohes Maß an Ressourcen aufweisen, diese mit anderen, auch außerhalb ihrer Nahbeziehungen teilen können, wenn sie möchten. Durch das Aufbrechen der Heteronormativität wird Care-Arbeit nicht mehr zu einem großen Anteil

von weiblich sozialisierten Personen abgedeckt, vielmehr beteiligen sich Personen, die sich mit anderen Geschlechtern identifizieren, auch an Care-Arbeiten, egal in welcher Form.

Grenzen werden geöffnet

Da Care-Tätigkeiten kollektiv und solidarisch außerhalb der Kernfamilien umgesetzt werden, müssen diese nicht mehr von schlecht bezahlten Migrant*innen aus Osteuropa und dem globalen Süden erledigt werden. Ihre Abschlüsse werden anerkannt, so dass sie auch in ihren erlernten Berufen arbeiten können und nicht mehr die Versorgungslücken füllen müssen. Voraussetzung dafür ist, dass die Grenzen weltweit für Menschen geöffnet werden.

Um die Ausbeutung von sozialen und ökologischen Ressourcen einzudämmen, werden diese nicht mehr primär zur Kapitalakkumulation eingesetzt und stärker reguliert. Das Eigentum an Produktionsmitteln hat abgenommen, immer mehr Bereiche sind vergesellschaftet, in gemeinschaftlichem oder Genossenschaftsbesitz. Die Organisationsstrukturen sind dort flacher und basisdemokratischer. Durch die teilweise Vergesellschaftung von Eigentum haben die Bedeutung und Wertschätzung von Geld abgenommen. Menschen können auch ohne Geld partizipieren, denn das Ein- und Auskommen ist nicht mehr von der Erwerbsarbeit abhängig. Auch die Ressourcen und benötigte Infrastruktur, um die Bedarfe nach bezahlter Care-Arbeit zu decken, werden solidarisch von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Alle sind ausreichend – zum Beispiel über ein bedingungsloses, globales Grundeinkommen – versorgt, niemand muss mehr hungern oder ohne Obdach sein.

Vielfalt ist ein Wert an sich

2048 hat sich viel verändert, doch es war nicht immer ganz einfach, die vorherigen Strukturen so umzugestalten, dass sie für alle barrierefrei zugänglich sind. Barrierefrei ist, was für Menschen auf die allgemein übliche Weise und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar ist, wobei die Betonung auf »grundsätzlich« liegt. Das Konzept Barrierefreiheit wurde früher meistens als ein behindertenpolitisches verwendet, es ließ sich aber problemlos auf andere Ausschlüsse übertragen. Dort, wo

Barrierefreiheit noch nicht hergestellt ist, bestimmte Barrieren aus technischen Gründen nicht beseitigt werden konnten oder bestimmte behinderte Menschen grundsätzlich barrierefreie Angebote nicht nutzen können, haben so genannte »angemessene Vorkehrungen« den Zugang ermöglicht. Das sind individuell an die Bedarfe der Menschen und die Situation angepasste Maßnahmen.

Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Eine solche Gesellschaft nimmt alle in ihrer gesamten Vielfalt wahr und akzeptiert diese Vielfalt als Wert an sich. Dazu gehört die Erkenntnis, dass jede Person bestimmte Stärken hat, die sie unter bestimmten Bedingungen entfalten kann. Einige benötigen dazu – aus welchen Gründen auch immer – Bedingungen, die deutlich von denen der anderen abweichen, weswegen die Gesellschaft zur Schaffung solcher Bedingungen beitragen muss. Das Vorhandensein von Behinderungen bzw. körperlichen, psychischen oder kognitiven Beeinträchtigungen ist dabei nur ein Anlass von vielen. Die damalige Diskussion über Inklusion im deutschsprachigen Mainstream griff daher deutlich zu kurz. Bei der inklusiven Gestaltung der Gesellschaft allgemein oder bestimmter Strukturen ist unter anderem zu beachten, dass Menschen nicht behindert sind, weil sie bestimmte Tätigkeiten nicht ausführen können. Menschen werden vielmehr behindert, weil die Gesellschaft bestimmte Anforderungen an sie stellt, die sie auf Grund ihrer physischen, psychischen oder kognitiven Eigenschaften nicht erfüllen können. Dabei sind diese Eigenschaften nur bei einer Minderheit der Menschen von Anderen wahrnehmbar.

Barrieren für Beteiligung abbauen

2048 werden alle Arbeiten, produktive und reproduktive, in der Gesellschaft als gleichberechtigt wertvoll wahrgenommen und geschätzt. Die basisdemokratische Organisation in den Kiezen und Dörfern erfolgt überwiegend in inklusiv gestalteten Räten. Dort kommen Menschen in kleinen und größeren Einheiten zusammen, und alle Bedarfe nach Angeboten und Infrastrukturen werden gehört. So kann in erster Linie für diese sensibilisiert werden, um sie zu koordinieren und die zu ihrer Deckung notwendigen Arbeiten und Maßnahmen

zu organisieren. Dabei gibt es zum Beispiel Beauftragte, deren Fokus die Diversität ist. Machtverhältnisse und strukturelle Benachteiligungen werden abgebaut, wodurch sichergestellt wird, dass alle, die das möchten, sich aktiv einbringen können.

Letzteres stellte insbesondere selbstorganisierte Strukturen vor Herausforderungen, da das Konzept Selbstorganisation relativ hohe Anforderungen an die Beteiligten stellt. Früher wurde dies besonders von Gruppen praktiziert, in denen sich Menschen zusammenfanden, die in Bezug auf Bildung, (soziale) Herkunft und politische Einstellungen relativ homogen waren. Um Organisationsstrukturen inklusiver zu gestalten, wurden deswegen die Erwartungen an »Neue« überprüft sowie eine Vielfalt an Möglichkeiten zur Beteiligung und eine transparente Kommunikation geschaffen, die proaktiv darstellt, welche Barrieren man bereits vermieden bzw. (schon) abgebaut hat und welche »angemessenen Vorkehrungen« weiter organisiert werden können. Benachteiligte Menschen fühlen sich so von vorneherein angesprochen.

Ansätze für diese Veränderungen waren 2020 schon erkennbar. Gerade durch die Corona-Krise ist uns allen umso mehr bewusst geworden, wie wichtig soziale Beziehungen sind und dass ein solidarisches Miteinander in den Meisten von uns verankert ist. Auch die prekäre Situation in den Institutionen zur Betreuung bzw. Unterbringung obdachloser, behinderter, pflegebedürftiger und geflüchteter Menschen wurde durch die Pandemie wie in einem Brennglas deutlich. Als Reaktion darauf wuchs das Interesse an alternativen Care-Strukturen, die bereits im Kleinen existierten, deutlich. So haben sich von unten Strukturen entwickelt, in denen Zeit und materielle Güter geteilt wurden.

Lasst uns daran festhalten und sie groß machen, so dass der Begriff von Inklusion hinfällig wird, weil alles inklusiv ist. In unserer Utopie 2048 hat sich das realisiert, und das Leben und Miteinander ist von Solidarität und Teilhabe geprägt. Wir freuen uns auf diese Zukunft!

Dr. Sven Drebes, Alexandra Gerber und Ann Wiesental kennen sich über Aktivitäten des Netzwerks Care Revolution, sie arbeiten zu unterschiedlichen Bereichen wie Ökonomie, Care, Behindertenpolitik und Feminismus.

ANZEIGE

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunkthemen

- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes – heute
- Nr. 201: Die Politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- Nr. 202: Green New Deal!? Wie rot ist das neue Grün? (1/2021)
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)

Einzelheft: 192 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probeheft anfordern!
www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ • FISCHER



▲ ... oder kreative Hobbies.

Foto: Stefanie Hattensperger / Foto.Raum

SELBSTVERWALTETE BILDUNG IM SÜDWESTEN KOLUMBIENS

» Die Bildung in die eigene Hand nehmen «



▲ Lernen am Beispiel und durch Anschauung ist einer der zentralen Grundsätze der »eigenen Bildung« der indigenen Bewegung. Die Schüler*innen gehen daher zum Unterricht oft raus in die Gemeinde.



▲ William Bermúdez, Rektor des von der Gemeinde selbst verwalteten, Indigenen Schulzentrums von El Mesón, Cauca, Kolumbien
Fotos: Eliseth Peña

Die Bewegung indigener Gemeinden des Departamento Cauca, organisiert im CRIC (siehe Kasten), hat in den letzten Jahrzehnten ein selbstbestimmtes Bildungssystem erkämpft und aufgebaut. Inmitten des Kampfes der Gemeinden für Land, Selbstverwaltung und eigene Gesellschaftsweisen sind die Schulen zu wichtigen Motoren der politisch-sozialen (Wieder-)Aneignung und kulturellen (Wieder-)Belebung geworden.

MARTIN MÄUSEZAHN (HAMBURG) UND
ELISETH PEÑA (POPAYÁN, CAUCA)

»Die Gemeinde sagte sich damals: Nur wenn wir die Bildung in die eigene Hand nehmen, kommen wir da raus«, blickt William Bermúdez zurück. Er ist Rektor des Indigenen Schulzentrums von El Mesón. Die Gemeinde an den Hängen der Westkordillere ist Teil des indigenen Selbstverwaltungsgebiets Honduras. »Insgesamt unterrichten wir an den verschiedenen Standorten 650 Schüler*innen von der ersten bis zur elften Klasse«, sagt Bermúdez.

Die Schule wurde 1996 gegründet. Vorher gab es zwar eine kleine staatliche Schule, die meisten Schüler*innen verließen sie aber spätestens nach der Grundschule. Die Bildung war schlecht und hatte wenig mit der Lebensrealität der indigenen Kleinbäuer*innen zu tun. Hinzu kam der bewaffnete Konflikt: »Damals war dies Gebiet der ELN-Guerilla, die FARC-Guerilla machte es ihnen streitig, also kämpften sie untereinander«, berichtet Bermúdez. »Die Schule wurde am Wochenende von der Guerilla als Camp genutzt. Viele Jugendliche wurden von ihr mitgenommen.« Um das zu verhindern und aus wirtschaftlicher Not, schickten die Familien ihre Mädchen mit zwölf Jahren als Haushaltshilfen in die Städte und die Jungen in die Plan-

tagen der Kaffeeanbaugelände, wo sie oft misshandelt wurden. »Unsere Gemeinde blutete aus. Unsere Kinder, unsere Zukunft hatte hier keine Chance. Der Zusammenhalt zerfiel«, erinnert sich der Rektor. Die Antwort der Gemeinde war eine selbstbestimmte Bildung. Mit Hilfe des Bildungsprogramms des CRIC wurde eine von der Gemeinde verwaltete Schule aufgebaut und zur Erfolgsgeschichte.

Erschaffung einer »eigenen Bildung«

Seit seiner Gründung ist das Thema Bildung für den CRIC ein zentraler Fokus. Socorro Manios, die das Bildungswesen der Bewegung mitaufbaute, erzählt: »Als sich der CRIC gründete und für das Recht der Gemeinden auf Land und die eigene Gesellschaftsweise kämpfte, begann man auch, über eine Bildung nachzudenken, die von der Gemeinde selbst gestaltet und entschieden wird.« Denn das Bildungssystem von Kirche und Staat wurde als Fremdkörper gesehen, der die Interessen der Eliten repräsentierte und dazu beitrug, die eigene Lebensweise und Organisation zu zerstören. 1978 gründete die Bewegung daher ein eigenes Bildungsprogramm. Zusammen mit den Gemeinden baute dieses ein staatliches System vorbei mehr und mehr eigene Schulen auf. Ermöglicht und finanziert wurden die Schulen durch Gemeinschaftsarbeit und Sachspenden der Gemeindeglieder. Parallel schuf das Bildungsprogramm einen Ausbildungsgang, in dem junge Menschen aus den Gemeinden zu Lehrer*innen ausgebildet wurden. Durch die praktischen Erfahrungen und die politischen Diskussionen entstanden in der Bewegung so Praxis und Theorie einer »eigenen Bildung«, die dadurch charakterisiert ist, dass

sie in den Gemeinden und ihren Kämpfen wurzelt, zweisprachig und interkulturell ist – und dass sie sich deutlich von der auf der kolonialen Invasion fußenden, europäisch orientierten Bildung unterscheidet.

Diese Bildung wird von den Bedürfnissen, Erfahrungen, dem Wissen, den Sprachen, Traditionen und Kämpfen der organisierten Gemeinden her gedacht. Die Gemeindeversammlungen und die Selbstverwaltung entscheiden über Ziele, Inhalte und Methoden. Sie wählen die Lehrer*innen aus. Bildung soll, so heißt es in einer CRIC-Erklärung, »unsere kollektive Entwicklung und Verteidigung fördern, nicht nur das Vorankommen des Einzelnen. Wir brauchen Gemeindeglieder, die so ausgebildet sind, dass sie politische Subjekte des gesellschaftlichen Wandels sind und Gemeindeprozesse anstoßen können.« Diese Ausrichtung zeigt sich etwa in der Schüler*innen-Selbstverwaltung. Die Schüler*innen wählen einen eigenen Rat, ähnlich dem Rat der Selbstverwaltungsgebiete. Dieser hat Mitbestimmung bei Schulangelegenheiten und Lerninhalten, wird in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingebunden und organisiert die Schüler*innenschaft auch bei Aktivitäten außerhalb der Schule.

Eine wichtige Rolle beim Überwinden kolonialer Strukturen spielt auch der zweisprachige und interkulturelle Ansatz: In den eigenen Schulen wird, wo möglich, auf Spanisch sowie auf einer der acht indigenen Sprachen des Cauca unterrichtet. Dies ist nicht nur ein Akt der Anerkennung und Wiederbelebung der eigenen Kultur. Wiederbelebung macht auch eine andere Sicht auf die Welt, andere Gesellschaftsweisen und einen anderen Umgang mit der Natur denk- und umsetzbar. Ähnlich verhält es sich mit dem interkulturellen Ansatz. »Dass sich im CRIC verschiedene indigene Kulturen zusammengeschlossen haben, sorgt dafür, dass es eine Anerkennung der Vielfalt von Weisheit und Wissen gibt,« erklärt Socorro Manios. »Wir wollen das nicht vereinheitlichen, denn wir sind nicht einheitlich, wir sind Vielfalt.« Diese Vielfalt soll sich austauschen und bereichern.

Neben eigenen Lerninhalten – etwa Selbstverwaltung, Gemeinschaftsarbeit, eigene Feste, alternative Wirtschaftsformen, Saatgut-Bewahrung, die Kultur der indigenen Gemeinden oder ein anderes Naturverhältnis – erwuchs aus der eigenen Bildung auch ein eigenes pädagogisches Konzept. Lehrer*innen heißen nun »dinamizadores«, was so viel wie Bewegungs- und Richtungsgeber*innen bedeutet. Der Frontalunterricht wurde abgeschafft. »Unsere Kinder sollen selbstbestimmte und selbst-

bewusste Menschen werden«, sagt Rektor Bermúdez aus El Mesón. »Daher überlassen wir ihnen die Initiative. Sie sollen zu ihren eigenen Schlüssen kommen, wir ermöglichen diesen Prozess nur.« Und Aristides Zambrano, einer der 50 dinamizadores der Schule, stellt fest: »Es geht nicht darum, alle gleich zu machen. Hier werden alle nach ihren Fähigkeiten und Wünschen gefördert.«

Statt einzelnen Fächer gibt es jetzt »tejidos«, Gewebe. »Die indigenen Gemeinden verstehen die Welt als Gewebe, in der alles miteinander verknüpft ist«, erklärt Bermúdez. Praktisch heißt das: »Wir besuchen etwa mit der Schulklasse ein Kaffee-feld. Die Kinder lernen alles über den Anbau, ernten selbst und wiegen dann ihre Ernte«, erklärt Bermúdez. »In der Schule rechnen sie mit den Wiege-Ergebnissen und erfahren anschließend, wie der Kaffee in die ganze Welt exportiert wird – etwa nach Deutschland, wo kein Anbau möglich ist. So thematisieren wir Geografie.« In der eigenen Bildung wird Lernen in der Praxis und am Beispiel groß geschrieben. Dazu werden Gemeinde und Natur als Lernorte einbezogen. »Wir schauen uns die Sachen direkt an«, so Bermúdez. »Wenn wir über den Schutz des Wassers und der Bäume sprechen, gehen wir zu den Quellen und Wäldern in der Gemeinde, machen mit der Gemeinde Projekte zum Schutz der Quellen oder Wiederaufforstung.« Passend dazu wurde die eigenständige Nachforschung zur zentralen Lernmethode gemacht. Ausgehend von den Schulen tragen Lehrer*innen, Schüler*innen und alle Bewohner*innen die Geschichte(n), Gesellschaftsweisen, Techniken, Sprache und Traditionen der Gemeinden zusammen und beleben sie neu.

Bermúdez. Heute haben indigene Selbstverwaltungen in ganz Kolumbien das Recht, Schulen und Bildungssysteme zu unterhalten, über deren Strukturen, Methoden und Inhalte sie selbst bestimmen, und dafür staatliche Anerkennung und Finanzierung zu erhalten. Dieser politische Erfolg hat zu einer verstärkten Dynamik der eigenen Bildung geführt. Die im CRIC organisierten Selbstverwaltungsgebiete betreiben heute 135 Schulzentren mit zusammen 651 Zweigstellen, die von fast 40.000 Schüler*innen besucht werden. Da viele Schulen erst seit kurzem unter der Selbstverwaltung der Gemeinden stehen, arbeiten viele noch nicht voll nach den eigenen Bildungskonzepten. Aber eine Umstellung findet nach und nach statt.

In El Mesón hat sich durch die Umstellung vieles zum Besseren verändert: »Mit der eigenen Bildung trugen wir entscheidend dazu bei, dass unsere Kinder nicht mehr bei der Guerilla landeten oder in jungen Jahren die Gemeinde verlassen mussten«, bilanziert Rektor Bermúdez. Heute besuchen die meisten die Schule bis zur elften Klasse. Viele Abgänger*innen sind Amtsträger*innen und Angestellte in der Selbstverwaltung, andere Lehrer*innen, Agrartechniker*innen der Kaffeekooperative oder haben andere Berufsabschlüsse gemacht. Durch die kollektive Aneignung der Bildung ist der bisherige Fremdkörper Schule zum integralen Bestandteil der Gemeinde und ein zentraler Ort für deren Zusammenhalt geworden, das kulturelle und soziale Zusammenleben aufgeblüht. »Ein besseres Zeugnis gibt es nicht«, sagt Rektor Bermúdez stolz.

Indigenes Cauca

Die indigene Bewegung organisiert sich seit 1971 im »Consejo Regional Indígena del Cauca« (Indigener Regionalrat des Cauca, CRIC). Zentral war und ist für die Bewegung der Kampf gegen die kolonial-rassistische Ausgrenzung als Indigene sowie gegen die wirtschaftliche Ausbeutung als Kleinbäuer*innen. Trotz massiver Repression erkämpfte die indigene Bewegung umfassende Selbstverwaltungs- und Landrechte sowie kulturelle Anerkennung. Die Bewegung organisiert sich aktuell in 126 indigenen Lokalverwaltungen und 94 rechtlich anerkannten indigenen Selbstverwaltungsgebieten mit etwa 264.000 Einwohner*innen. In den Selbstverwaltungsgebieten organisieren die Menschen ihre Verwaltung, sowie Teile ihrer Bildung, Gesundheitsversorgung und Wirtschaft nach eigenen Vorstellungen und unter Beteiligung der gesamten Gemeinde.

Ausbau und staatliche Anerkennung

Schließlich nahm sich die Bewegung auch der höheren Bildung an. 1991 wurde im Selbstverwaltungsgebiet von Toribio das CECIDIC gegründet. Es bietet seither verschiedene, an den Bedürfnissen der Gemeinden ausgerichtete Ausbildungsgänge zur Berufs- und Hochschulqualifikation an – etwa nachhaltige Gemeindegewirtschaft, Agrarökologie oder Gemeindeorganisation. Darüber hinaus beschloss die Bewegung 2003, mit der Interkulturellen Indigenen Autonomen Universität eine eigene Uni zu gründen und zu finanzieren.

Die staatliche Anerkennung für die eigenen Bildungsstrukturen erzwang die Bewegung allerdings erst 2013 durch massive Mobilisierungen. »Wir mussten dafür jahrelang immer wieder die Panamericana-Schnellstraße besetzen«, erinnert sich Rektor

ANZEIGE

Ossietyzky

Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Werner Boldt

**Heute wie damals?
Carl von Ossietzky
und die
Weimarer Republik**

• Themenheft •

20

23. Jahrgang
17. Oktober 2020

€ 2,80

18 Gedanken
und Thesen von
Rolf Gössner
zum alptraum-
haften Corona-
Ausnahme-
zustand

52 Seiten, 3 Euro

Bestellung
Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-

Ossietyzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3 · 29413 Dähre
ossietyzky@interdruck.net
Tel. 039031.950 596
www.ossietyzky.net

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFT

Stahlbau im Kollektiv

Die Konstruktiv eG schafft seit gut zwei Jahren Stahlkonstruktionen aller Art für Leipziger Hausprojekte, Wohnungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen - im Kollektiv und als Produktivgenossenschaft.

HANNO BÖHLE,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Zwischen Plagwitz, dem traditionellen Industriequartier Leipzigs, und der Plattenbausiedlung Grünau liegt die Betonkiste: Ein Kultur- und Gewerbehau, betrieben von sechs Handwerks-, Veranstaltungs- und Design-Kollektiven. Unter ihnen: die Konstruktiv eG. Die sechsköpfige Schlosserei-Genossenschaft erledigt alles von mittleren Stahlkonstruktionen über Tore und Zäune bis hin zu speziellen Einrichtungsanfertigungen. 2017 fand sich die Gruppe im Umfeld des selbstverwalteten ehemaligen Industriekomplexes in der Gießstraße 16. Dort gibt es neben ausgebauten Wohnungen, einem Umsonstladen und Konzerträumen auch eine offene Metallwerkstatt.

In der alternativen Metallarbeiter-Szene legen viele Menschen Wert auf die Freiheit der Solo-Selbstständigkeit. Sie nutzen zwar häufig gemeinsame Werkstätten, aber vermeiden langfristige Bindung in hierarchischen Anstellungsverhältnissen – und nehmen damit auch die damit einhergehenden Unsicherheiten auf sich. Mit der Konstruktiv eG wollten die sechs Schlosser einen dritten Weg gehen: gemeinsam, möglichst gleichberechtigt, verbindlich und in guter Atmosphäre zusammenarbeiten.

Das Geschäft läuft an

Das klappt bisher ganz gut: Neben einigen Leipziger Hausprojekten, deren Baustellen das erste Kapi-



▲ Mit der Konstruktiv eG arbeiten die sechs Schlosser gemeinsam, möglichst gleichberechtigt, verbindlich und in guter Atmosphäre zusammen.

Foto: Konstruktiv eG

tal einbrachten, gab es auch schon Aufträge von Wohnungsgenossenschaften und dem kommunalen Wohnungsunternehmen LWB. Im Team gibt es einen Metallbaumeister und einen Auszubildenden, einen Tischlermeister sowie spezielle Expertise für Schweißarbeiten und nützliche Kontakte zu den anderen Gewerken in der Betonkiste. Auch Fundament-, Maurer- und Holzarbeiten können so erledigt werden.

Auf den Baustellen der Stadt ist das genossenschaftliche Kollektiv eine Besonderheit. Wer hier nach dem Chef oder Polier fragt, bekommt keine

gewöhnliche Antwort. So kommt man auch mal ins Gespräch über die Genossenschaft und das Kollektiv, ohne dass die sechs Schlosser es besonders darauf abgesehen hätten. Wichtiger, sagen sie, ist ihnen der interne Prozess der Selbstverwaltung.

Sicherheit und Mitverantwortung

Als Genossenschaft mit weniger als 20 Mitgliedern braucht die Konstruktiv keinen Aufsichtsrat. Zwei Mitglieder stellen den Vorstand. Die Gruppe kann sich vorstellen, noch um ein bis

zwei MitstreiterInnen anzuwachsen, was nicht ganz einfach ist bei all der Freiheitsliebe unter den MetallarbeiterInnen. Wer beim Konstruktiv anfängt, wird Mitglied und damit MiteigentümerIn der Genossenschaft. Das bedeutet Sicherheit, aber auch Mitverantwortung.

Die Bedürfnisse aller Mitglieder unter einen Hut zu bringen, bleibt eine kontinuierliche und herausfordernde Aufgabe. Die Gruppe nimmt sich jede Woche eineinhalb Stunden Zeit für Besprechungen. In quartalsweisen »Strukturtreffen« werden zudem Prozesse und Dyna-

miken gemeinsam hinterfragt und weiterentwickelt – wenn es denn die Zeit zulässt. Zeit, das sagen sie, ist die größte Mangelware im Betrieb. Zudem steht gerade an, das IT-System neu aufzusetzen. Zu viel Geld wurde bisher in eine Open Source-Software für ein ERP-System (Enterprise-Resource-Planning-System) investiert, ohne bei einer guten Lösung anzukommen.

Der Ausbau der Betonkiste

Neben der Genossenschaft soll auch die Betonkiste weiter umgebaut werden. »Betonkiste« heißt auch die GmbH, über die die Handwerks-Kollektive gemeinsam das Werkstatt-haus erworben haben. Die ehemalige Eigentümerin war den jungen Kollektiven zugetan und ermöglichte somit den Erwerb. 2018 kauften sie das Haus mithilfe von verzinsten Nachrangdarlehen. Perspektivisch soll die Betonkiste ins Miethäuser-Syndikat eingebracht werden.

Auch wenn noch viel zu sortieren und weiterzuentwickeln bleibt – die Konstruktiv eG und die Betonkiste sind in den zwei Jahren seit ihrer Gründung weit gekommen. »Wie's hier vor zwei Jahren noch aussah! Wir hatten einen Raum als Werkstatt, der war halb so groß wie unser Büro jetzt. Und ein Büro hatten wir gar nicht, nur einen Laptop auf 'nem Tresen in der Werkstatt«, erinnern sie sich. Alle Mitglieder können mittlerweile mit der Schlosserei ihren Lebensunterhalt bestreiten. Und im nächsten Jahr geht es zum nächsten großen Auftrag nach Berlin.

Mehr Infos: www.konstruktiv-eg.de

Unterstützung ist erwünscht! Die Betonkiste nimmt weiter Darlehen für den Ausbau auf: www.betonkiste.org

BUCHBESPRECHUNG

Wider den Mythos der Erfolglosigkeit

Die Veröffentlichung von Clemens Schimmele über erfolgreiche Produktivgenossenschaften in den USA schließt eine immense Lücke im deutschsprachigen Raum zur Bestandsfähigkeit demokratischer Unternehmen.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Als Unternehmen in den Händen ihrer Mitarbeiter*innen, die sie demokratisch führen und Anspruch auf den Gewinn haben, werden Produktivgenossenschaften historisch oft mit der Hoffnung auf eine humanere Wirtschaft verbunden. Die traditionelle Ökonomik postuliert hingegen bis heute, dass dieser Unternehmenstyp zwangsläufig zum Scheitern verurteilt sei. Nach der empirischen Studie von Rosane Yara Rodrigues Guerra mit dem Titel »Inklusion und Teilhabe durch Arbeitnehmergenossenschaften. Zur Lage beschäftigter Mitglieder von Produktivgenossenschaften in Deutschland« aus dem Jahre 2017 liegt nun eine weitere Schrift vor, die zu einer positiveren Wahrnehmung und Stärkung von Produktivgenossenschaften durch ihre wissenschaftliche Aufbereitung beiträgt.

Sie macht in eindrucksvoller Weise deutlich, dass diese in der Bundesrepublik ignoriert, wenn nicht gar

systematisch verunmöglicht werden. In den meisten Ländern von Frankreich, Italien, Spanien über Dänemark bis hin in die USA und Kanada gehören sie zum Alltag der Unternehmenslandschaft. Dort sind sie laut zahlreichen empirischen Studien mindestens so erfolgreich wie andere Unternehmen.

Empirie schlägt Vorurteile

Die Dissertation von Clemens Schimmele mit dem Titel »Zur Organisation demokratischer Unternehmen: Eine Studie erfolgreicher Produktivgenossenschaften in den USA« ist ein »besonderes Kaliber«. Beim Lesen wird ohne Wenn und Aber deutlich: Die Mär von der Erfolglosigkeit von Produktivgenossenschaften gehört in den Bereich der Mythen. Die Studie wie auch alle zusätzlich skizzierten empirischen Untersuchungen zeigen, in allen anderen Ländern außer Deutschland sind Produktivgenossenschaften »normaler« Bestandteil der Wirtschaft. Meistens agieren sie mindestens so stabil und erfolgreich wie ihre kapitalgeleiteten Wettbewerber.

Die besondere Leistung von Schimmele besteht darin, dass er die Komplexität und Vielfalt englischsprachiger Literatur zur Theorie und Empirie der Produktivgenossenschaften aufbereitet und für den

deutschsprachigen Raum zugänglich macht. Seine Ausführungen sind für wissenschaftlich nicht geschulte Leser*innen keine einfache Kost. Er »stürzt« regelrecht von Theorie zu Theorie, von Studie zu Studie, so dass vieles nur knapp angerissen bleibt. Eine Nachvollziehbarkeit der zitierten empirischen Erhebungen würde in vielen Fällen ein Eintauchen in die Primärliteratur erforderlich machen. Bei rund 500 Seiten komprimiertem Text kann dem Autor dennoch keine unzulässige Verkürzung vorgeworfen werden.

Im Mittelpunkt der Studie stehen Unternehmen in den USA. Dort gibt es etwa 2.000 Produktivgenossenschaften. Wie viele der 45.000 Belegschaftsbetriebe (Pérotin, 2016) der westlichen Welt sind sie in eigenen Verbänden zusammengeschlossen. Diese organisieren wechselseitige Unterstützung und teilweise sogar die Finanzierung von Neugründungen. Schimmele beleuchtet mittels neuer Theorieansätze sieben Best-Practice-Beispiele aus den USA. Sie weisen alle über 50 Beschäftigte auf, das größte hat 2.000 Mitarbeiter*innen. Von diesen sind mindestens 50 Prozent gleichzeitig Eigentümer*innen ihres Unternehmens.

Auf Grundlage seiner Studien verneint Schimmele die verbreitete Behauptung ihres Scheiterns als

Folge ihrer Unterfinanzierung durch übermäßige Gewinnausschüttung. Nicht so eindeutig sieht er das empirische Ergebnis bei der Anpassung an herkömmliche Unternehmensstrukturen durch schleppende Aufnahme neuer Beschäftigter in den Mitgliederkreis. Die befragten Genossenschaftsmanager*innen argumentieren fast durchweg dagegen. Für sie überwiegen die wirtschaftlichen Vorteile durch ein größeres Verantwortungsgefühl der Mitarbeitenden als Mitglieder und ihre höhere Produktivität durch die Beteiligung am gemeinsamen Erfolg.

Neugründungen als Engpass

Als weiterhin offen sieht Schimmele die ursprüngliche Ausgangsfrage: Weshalb gibt es trotz beeindruckender Zahlen vergleichsweise nur wenige Produktivgenossenschaften – obwohl sie funktionieren? Die Antwort liegt nicht im Scheitern bestehender Produktivgenossenschaften, sondern in der Seltenheit ihrer Gründungen.

Eine plausible Erklärung dafür liefert die ökonomische Theorie. Für später hinzukommende Mitglieder sind die genossenschaftlichen Verfügungsrechte nicht mit Einbußen verbunden, für Gründer*innen aber durchaus. Für sie erweist sich ein Start-up als konventionelles Unter-

nehmen wirtschaftlich meistens als lukrativer. In einer Produktivgenossenschaft gibt es kaum die Chance, für mit der Gründung verbundene Entbehrungen monetär entschädigt zu werden. Änderungen bei den Neugründungen werden sich deshalb für Deutschland nur ergeben, wenn das »Antiproduktivgenossenschaftssyndrom« bei Genossenschaftsverbänden, politischen Parteien und Gewerkschaften nennenswerte Veränderungen erfährt und gleichzeitig für Neugründungen Anreiz- und Unterstützungsstrukturen geschaffen werden.

Schimmele, Clemens: Zur Organisation demokratischer Unternehmen: Eine Studie erfolgreicher Produktivgenossenschaften in den USA, Heidelberg 2019, 496 Seiten, 64,99 Euro

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

 Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

ÜBER DEN TELLERRAND

ZUM 100. GEBURTSTAG VON MURRAY BOOKCHIN

Zwischen Sozialökologie und libertärem Kommunalismus

Das kommunalistische Projekt in der kurdischen Provinz Rojava sowie das dahinter stehende theoretische Gerüst, der »demokratische Konföderalismus« nach PKK-Führer Öcalan, haben dem US-amerikanischen Sozialökologen Murray Bookchin (1920-2006) und seinem Denken eine Renaissance beschert. Ein Rückblick auf sein Wirken.

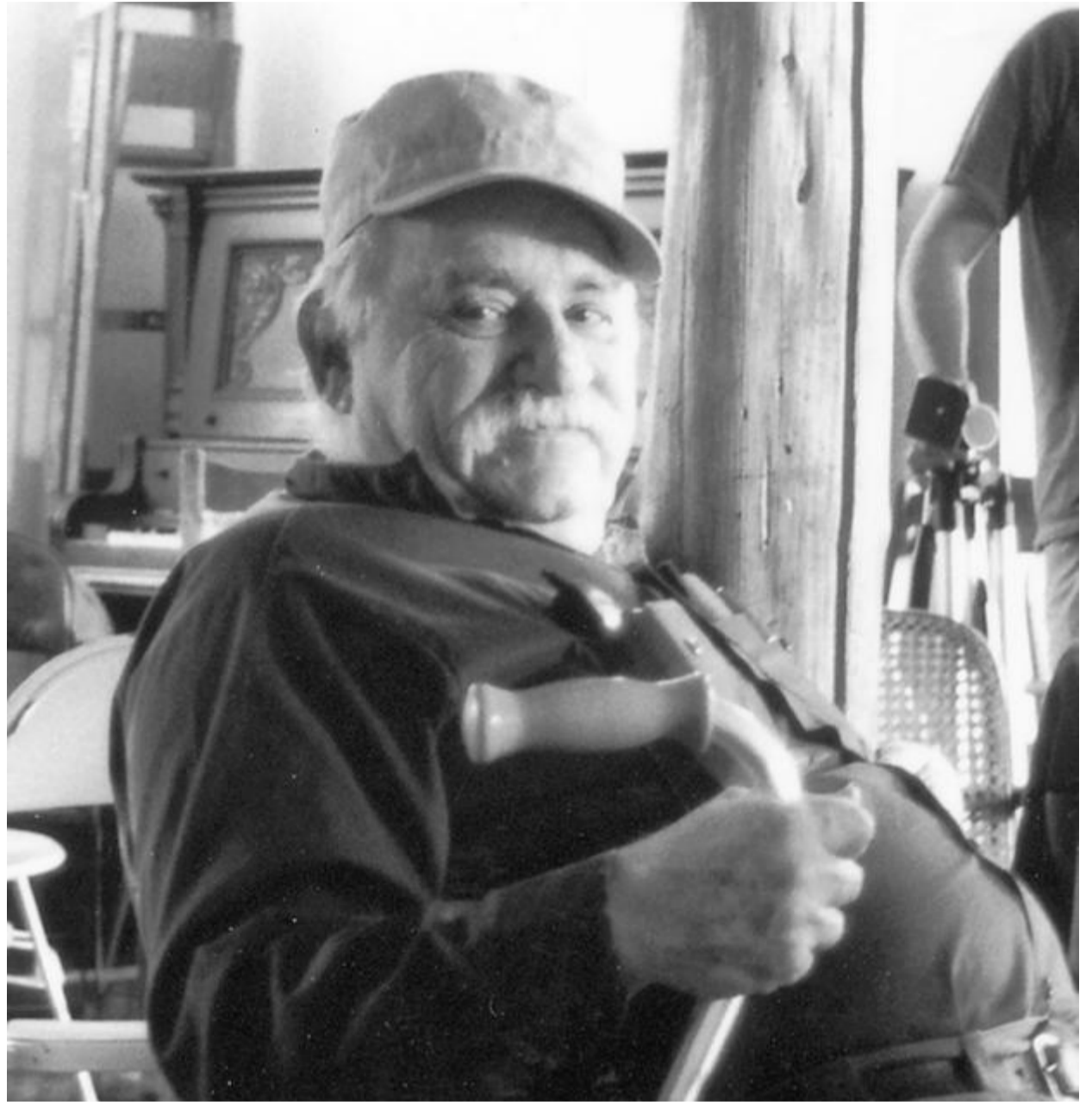
MAURICE SCHUHMAN, BERLIN

Bookchin, als Sohn russisch-jüdischer Einwander*innen in den USA geboren, gehört zu einer Zwischen-generation zwischen den alten Linken und der so genannten »New Left«. In kommunistischen und trotzkistischen Gruppen als Jugendlicher sozialisiert, bei den Internationalen Brigaden in Spanien auf Grund seines Alters abgelehnt, entdeckt er frühzeitig Interesse an ökologischen Themen, die ihn ein Leben lang begleiteten. Bereits 1953 verfasst er unter dem Pseudonym Lewis Herber einen kritischen Beitrag (»Lebensgefährliche »Lebensmittel«: Sind unsere Nahrungsmittel noch Lebensmittel?«) über Zusatzstoffe in Nahrungsmitteln. Es folgen weitere Beiträge zu ökologischen Themen, darunter »Formen der Freiheit« (1977) oder »Ökologie der Freiheit« (1985), die zu modernen Klassikern der Ökologiebewegung geworden sind. Ein Stück weit kann er damit als Vorreiter der (neuen) Ökologiebewegung in den USA gelesen werden. Auf sein Engagement geht unter anderem die Gründung des immer noch existierenden »Institute for Social Ecology« im Jahr 1971 zurück. Für ihn war Ökologie aber nicht allein zu denken, sondern wurde von ihm stets auch in Bezug auf das menschliche, gesellschaftliche Leben gesehen. Das zeigte sich auch in der Auseinandersetzung mit den Vertreter*innen der Tiefenökologie, namentlich »Earth First!«-Aktivist*innen im Jahr 1987.

Dies verweist auch auf sein Anarchismus-Verständnis, was sich vor allem in seiner Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der sozialen Revolution in Spanien zwischen 1936

und 1937 zeigt. Zudem hat der anarchistische Kommunismus eines Peter Kropotkins Eingang in sein Denken gefunden. Trotz seines Anarchismus und der Kritik am Staatskommunismus, die er unter anderem in dem Essay »Hör zu, Marxist!« (1974) äußert, bildet Karl Marx eine Referenz für seine Philosophie – nicht zuletzt vermittelt durch die von ihm geschätzte Frankfurter Schule. Auch hierin zeigt sich seine Zugehörigkeit zur mit den 68ern assoziierten »New Left«, in der unterschiedliche Strömungen (mehr oder weniger gut) eine Symbiose eingehen. Während es die Marx'sche Ökonomiekritik ist, die er aus dem Kommunismus übernahm, waren es die Herrschaftskritik, Föderalismus und Selbstorganisation, die er aus dem Anarchismus entlieh und in sein Konzept eines libertären Kommunalismus integrierte. Im Kern beruht jenes Anarchismuskonzept auf dezentral organisierten, selbstverwalteten Gemeinschaften in Tradition der idealisierten, griechischen Polis, die in sich direktdemokratisch sind und sich mit anderen Gemeinschaften föderieren. Zentral war für sein Konzept die Einbeziehung einer ökologischen Komponente. Er trug damit auch zu einer Modernisierung des Anarchismus bei, wie sich auch in dem provokanten Buchtitel »Post-scarcity Anarchism« (1974) zeigte. Dabei verwarf er manches Dogma und stand unter anderem der Gründung der Bundespartei »Die Grünen« Anfang der 80er Jahre in Westdeutschland offen gegenüber.

Eine weitere, wichtige Etappe bei der Theoretisierung des libertären Kommunalismus bildete seine Auseinandersetzung mit der Stadtsoziologie, die sich zum Beispiel in Werken wie »Die Grenzen der Stadt« (1974) oder »Agonie der Stadt« (1996) niederschlägt. Bookchin hat dabei stets die Bedeutung der Ökologie hervorgehoben und nicht zuletzt die Verbindung von Ökologie und anderen Strömungen hergestellt. Laut der Bookchin-Biographie seiner Mitschreiberin Janet Biehl geht sogar der Begriff »Ökofeminismus« auf ihn zurück. Dies stellt



▲ Murray Bookchin im Jahr 1999

Foto: Janet Biehl / Wikipedia

ein weiteres Mal die Vielschichtigkeit seines Denkens unter Beweis.

Bookchin war ein Denker, dessen Schriften Inspirationen sowohl für moderne Utopien – namentlich Ursula K. LeGuins »Planet der Habenichtse« oder Ernest Callenbachs »Ökopia« – als auch für das sozialökologische Projekt in Rojava boten und bieten. In Anlehnung

an eine Gedichtszeile von Erich Mühsam möchte man seinen Gratulant*innen zurufen: »Lest die Bücher des Toten – und erfüllt sein Hoffen.«

Anlässlich des 100. Geburtstages von Murray Bookchin hat die Gustav Landauer Initiative einen kostenlosen Reader mit Texten zum Thema »Ökoanarchismus« zusammengestellt – inklusive

einer Bibliographie deutschsprachiger Publikationen von und über Murray Bookchin. Er steht auf der Website www.gustav-landauer.org zum kostenlosen Download bereit.

Zu Ehren von Bookchin findet am 14. Januar in der VHS Reinickendorf (Berlin) eine Veranstaltung unter dem Titel »Sozialökologie: 100 Jahre Murray Bookchin« statt. Nähere Infos unter: www.vhs.berlin.de

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Politische Justiz: Nötigungsparagraf wird missbraucht

Zweimal hat die Justiz im November 2020 den Vorwurf der Nötigung gegen Aktivist*innen erhoben, weil im Zuge öffentlicher Meinungskundgabe Autofahrer*innen behindert wurden. Der folgenreichere Fall ereignete sich am 26. Oktober, als drei Aktionsgruppen im Rhein-Main-Gebiet große Transparente von Autobahnbrücken hängten, um gegen Verletzte und Tote im Straßenverkehr, den Bau neuer Autobahnen und für eine Verkehrswende zu demonstrieren. Obwohl sie sich dabei nie im Straßenraum befanden und der Vorwurf eines Eingriffs in den Straßenverkehr deshalb schnell fallengelassen wurde, zudem die Polizei die Autobahnen nur sperrte, um den Protest zu beseitigen, wurden gegen elf der Beteiligten Haftbefehle verhängt. Sieben Betroffene sitzen inzwischen seit über drei Wochen im Gefängnis.

Ein zweiter Fall wirkt zunächst harmloser: Im Rahmen eines Aktionstages zur Verkehrswende waren mehrere Personen in Dresden mit sogenannten »Gehzeugen« unter-

wegs – Holzrahmen in der Größe eines Autos, die demonstrieren sollten, wie viel Platz der Individualverkehr einnimmt. Die Polizei beendete die Aktionen, obwohl diese selbst nach deren Auffassung unter das Versammlungsrecht fielen. Eine beteiligte Person erhielt ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstoß gegen das Versammlungsrecht. Der erste Prozesstag am Amtsgericht Dresden endete mit einer Überraschung: Aus dem Bußgeldprozess wurde ein Strafverfahren. Der Richter informierte den Angeklagten, dass ab jetzt auch der Strafvorwurf der Nötigung verhandelt würde, weil das – nach § 25 StVO völlig legale – Benutzen der Straße bei der Aktion einige Autofahrer*innen zum Langsamfahren brachte.

Infoseite: noetigung.siehe.website

Über die Wirkung von Repression

Repression hat viele Gesichter – und viele Wirkungen. Sie kann als Entzug von Annehmlichkeiten und Vorteilen daherkommen, als direkter Zwang bis hin zu brutaler Gewalt. Bedeutend und auf deut-

lich mehr Menschen wirkend ist die Wirkung als Bedrohung und Normierung. Repression teilt in richtig und falsch. Damit werden Empfindungen und Diskurse über Gut und Böse, Kriminalität und richtiges Verhalten gesteuert. Repression macht Angst und produziert damit Bürger*innen, die vorauseilend gehorsam oder, um nicht aufzufallen oder anzuecken, übertrieben unterwürfig agieren. Der Staat als Repressionsorgan hat übermächtige Ressourcen, denen auf Dauer nur selten ein langer Atem entgegengesetzt werden kann – selbst bei bestem Willen. Im modernen Herrschaftssystem kommt Repression selten allein daher. Meist ist sie begleitet von Angeboten der Integration, oft sogar der Förderung von abweichendem Verhalten, wenn dieses sich in das herrschende Normgefüge aufnehmen lässt. Abweichung wird dann assimiliert und, verbunden mit entsprechenden Änderungen zur Anpassung, selbst zum Teil der herrschenden Verhältnisse. Alexandra Jäger, Julia Kleinschmidt und David Templin haben im Buch »Den Protest regieren« (2018, Klartext in Essen, 270 Seiten, 24,96 Euro) diesen

doppelten Umgang mit Protestbewegungen in Deutschland vor allem der 70er und 80er Jahre an mehreren Beispielen dargestellt. Ein lohnenswerter Rückblick, um für die Zukunft Strategien zu entwickeln, die sich zumindest nicht so leicht assimilieren lassen.

Verteidigung beim Vorwurf des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB)

»Wer einem Amtsträger oder Soldaten der Bundeswehr, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand leistet oder ihn dabei tätlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.« So lautet einer der am häufigsten gegen politisch Aktive eingesetzten Strafpapargraphen. Aber es gibt Auswege, vor Gericht die Bestrafung abzuwehren. In beiden Fällen geht es um die Befragung der Belastungszeug*innen. Frage 1: Was ist eine Vollstreckung, und hat die Person,

die da angegriffen oder bedroht worden sein soll, eine solche durchgeführt? Die*er Zeug*in muss vor Gericht benennen können, was sie gerade gemacht hat. Kann nicht festgestellt werden, ob die*er Beamte*in gerade etwas vollstreckt hat, ist auch der Angriff nicht nach diesem Paragraph strafbewehrt. Frage 2: Haben die Beamt*innen alles richtig gemacht? So zu fragen, ist in der Regel erfolversprechender. Denn im Absatz 3 des § 113 steht: »Die Tat ist nicht nach dieser Vorschrift strafbar, wenn die Diensthandlung nicht rechtmäßig ist.« Damit lässt sich der Gerichtsprozess umdrehen: Das Verhalten der Polizei (bzw. anderer Behördenleute) wird untersucht – und die sitzen noch im Zeugenstuhl, müssen antworten und die Wahrheit sagen. Wer sich so verteidigt, erreicht oft eine Einstellung. Auch im § 114 (tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamt*innen) und im § 125 StGB (Landfriedensbruch) ist jeweils ein solcher Straffreiheitspassus enthalten, so dass diese Vorgehensweise Aussicht auf Erfolg hat.

Jörg Bergstedt



GENOSSENSCHAFTEN FÜR ALLE

Aktionstag in Zeiten der Krise



▲ Rückenwind - der Förderungs- und Revisionsverband speziell für gemeinwohlorientierte Genossenschaften
Foto: Andrea Jany



▲ Die Weizer Schafbauern waren als Genossenschaft bäuerlicher Produzenten am Aktionstag von CoC beteiligt.
Foto: Sascha Pseiner

Unter diesem Motto präsentierte sich das Grazer Kulturjahr 2020-Projekt »City of Collaboration«, getragen vom Verein »Transition Graz« und dem »Regionalen Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation« der Uni Graz (RCE Graz), am 11. September 2020 in Graz. Mit dabei: acht Genossenschaften, drei Revisionsverbände und einige weitere solidarökonomische Initiativen.

DAVID STEINWENDER, TRANSITION GRAZ,
PROJEKTLEITER VON COC

Wären nicht die Covid-19-Krise und ihre sozialen und ökonomischen Folgewirkungen gewesen, hätte der Aktionstag, der in Form einer Messe mit Ständen geplant war, anders ausgehen können. Aber solche »Was wäre gewesen, wenn ...«-Diskussionen sind müßig. Dieser Aktionstag traf trotzdem den Nerv der Zeit. Während viele Unternehmen in die Krise schlittern, sind zwar Genossenschaften nicht davon ausgenommen, aber sie sind im Schnitt krisenresilienter, wie neuere Studien zeigen. Die Prinzipien von Solidarischer Ökonomie legen eine solide Unternehmensentwicklung nahe, die sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch in finanzieller Hinsicht positiv auswirkt. Der Ausgangspunkt sind die konkreten Bedürfnisse der Mitglieder anstelle risikobehafteter Spekulation. Lösungen für Krisen werden demokratisch ausgehandelt und sind daher oft tragfähiger als in kapitalistischen Unternehmen, und der Beziehungsaspekt von Genossenschaften erleichtert Solidarität.

Unter anderem dieser Aspekt, nämlich in einer Genossenschaft – mehr oder weniger stark ausgeprägt – gemeinsam Entscheidungen zu treffen, um durch die Krise zu manövrieren, anstatt über Mitarbeiter*innen hinweg zu entscheiden, sollte der Aktionstag verdeutlichen. Dazu wurde die zehnteilige Plakatausstellung »Wirtschaft für den Menschen« – die auch online abgerufen werden kann – an diesem Tag erstmals im öffentlichen Raum gezeigt.

Miteinander reden

Es wurden viele Gespräche geführt: die Standler*innen untereinander, das Projektteam von »City of Collaboration« mit den Standler*innen und Gespräche mit den Besucher*innen. Das schöne Wetter alleine war nicht der einzige Grund für eine positive Stimmung. Eine besonders beliebte Frage in diesen Gesprächen war der Vorteil einer Genossenschaft gegenüber einer GmbH. Die Antwort darauf: Wer schnelles Geld machen möchte, ist mit einer Genossenschaft falsch beraten. Wem aber das gemeinsame Schaffen und Entscheiden auf Augenhöhe – unabhängig der Höhe der Einlage nach dem Prinzip »eine Person = eine Stimme« –, das Nicht-auf-sich-allein-gestellt-sein und solidarisches Haften etwas wert ist, sollte sich für eine

Genossenschaft entscheiden, oder ihre Prinzipien im eigenen Unternehmen oder der eigenen Initiative, etwa einem Verein, festschreiben.

Genossenschaften,
wo mensch sie nicht vermutet

Ein wichtiges Ziel des Aktionstags war außerdem aufzuzeigen, dass Genossenschaften nicht nur im Landwirtschaftsbereich zu finden sind. Die Diversität der Standler*innen hätte nicht größer sein können: die »Bio-Sphäre Süd-Ost eG«, gegründet aus dem ersten Bioladen in Österreich, die Dorfgemeinschaft »Ums Egg« aus dem Ennstal (siehe Seite 11) und die »Weizer Schafbauern« kümmerten sich um die Kulinarik. Die »Fahrbar« – zwar keine Genossenschaft, aber mit solidarökonomischen Prinzipien – verkaufte Kaffee. Der »Weltladen«, als Beispiel für FairTrade als gelebte Wirtschaftsdemokratie auf globaler Ebene, verkostigte mit Schokolade.

Genossenschaften finden sich auch in der IT-Welt. »ESIT« ist ein Zusammenschluss von EDV-Techniker*innen und Informatiker*innen – die erste Genossenschaft dieser Art in der Steiermark. »GEAsoft« stellt Softwarelösungen für den Einzelhandel zur Verfügung, zum Beispiel das Programm für die Selbstbedienungskassa von »Ums EGG«.

»Die WoGen« ist eine Wohnprojekte-Genossenschaft der eigenen Art: Sie unterstützt als einzige Bauträger*in ausschließlich gemeinschaftliche Wohnprojekte. »Smart« vereint neue Selbstständige, Künstler*innen und Kulturschaffende und bietet ihnen die Möglichkeit, statt prekär »selbstständig« zu arbeiten, als mitbestimmende Angestellte der Erwerbigenossenschaft zu kooperieren. Ähnliches gilt für »Taxi 2801«: die Funkzentrale gehört den Taxler*innen und weil diese nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, müssen die Mitglieder weniger Gebühren entrichten. »Murauer« ist eine der größten Bierbrauereien in der Steiermark – wohl die größte Genossenschaft in Österreich in diesem Bereich.

Zu guter Letzt stellte der Aktionstag auch einige genossenschaftliche Revisionsverbände vor. Sie prüfen und beraten Genossenschaften bzw. Neugründungen: neben den beiden traditionellen, dem Raiffeisenverband (Steiermark) und dem Österreichischen Genossenschaftsverband, war auch der erst jüngst gegründete Förderungs- und Revisionsverband gemeinwohlorientierter Genossenschaften »Rückenwind« dabei.

So einfach wie
möglich - solidarisch agieren

Dieser Leitsatz kann für das Setting des Aktionstags stehen. Zum einen war die Organisation des Aktionstags selbst ein solidarökonomisches Vorhaben. Während das »RCE Graz« den inhaltlichen Teil des Aktionstags maßgeblich mitgestal-

tete, war »Transition Graz« als kleiner Verein auf die Unterstützung seines Netzwerks angewiesen, um auch mit wenig Mitteln viel auf die Beine zu stellen. Viele Helfer*innen machten den Tag möglich, auch die Unterstützung des »Forum Urbanen Gärtnerns« und des »Jugendparks« von »Jugend am Werk«, die für den Auf- und Abbau sowie die Infrastruktur sorgten, machten den Aktionstag erst möglich.

Zum anderen bestand die Absicht darin, mit dem Aktionstag aus der »üblichen« Form einer Wirtschaftsmesse auszuscheren. Nicht das Marketing von Genossenschaften und solidarischer Ökonomie stand im Vordergrund, sondern ihre Präsenz und die Menschen, die diese Art des Wirtschaftens leben und als Vorbild dienen können. Der Aktionstag leistete einen Beitrag für einen anderen Wirtschaftsdiskurs und für ein Denken und Handeln im Sinn gelebter Utopien. Damit traf sich der Aktionstag auch mit einem wesentlichen Ziel des Grazer Kulturjahres, das unter dem Motto »Wie wir leben wollen« steht. Die Ausstellung lieferte dazu ebenso Anregungen, wie die vielen Gespräche.

Der Ort des Aktionstags – der Grazer Hauptbahnhof – wurde gezielt gewählt, war aber der größte Unsicherheitsfaktor neben dem Wetter. Freitag, später Vormittag bis später Nachmittag, die Hoffnung, jene zu erreichen, die vielleicht sonst nicht mit dem Thema konfrontiert werden: Tages- oder Wochenpendler*innen, Reisende oder Umsteigende.

Während sich doch der eine oder die andere zu den Ständen bewegte, gingen viele gestresst zu den Zügen: keine Zeit, inne zu halten, kein

Kopf für Neues, das Maximum aus dem Wochenende herausholen, bevor es am darauf folgenden Montag weitergeht, im Hamsterrad der Lohnarbeit oder der unternehmerischen Konkurrenz gefangen. An diesem Tag war der Kontrast zwischen den beiden Welten so richtig spürbar: prekäre, fremdbestimmte Arbeitsverhältnisse auf der einen Seite, emanzipative Formen des Wirtschaftens auf der anderen, auch wenn der Alltag in einer Genossenschaft auch nicht immer leicht ist.

Der Wunsch nach einer Neuauflage dieser Messe wurde geäußert. Wenn viele Akteur*innen solidarisch zusammenarbeiten und der Bedarf daran besteht, so kann der Aktionstag auch 2021 wieder stattfinden.



ANZEIGE

5. Auflage

Unser Klassiker
Wieder lieferbar!

KOMMUNAL POLITIK machen

Dieser Leitfaden fürs Politikmachen vor der eigenen Haustür gehört in jedes Fraktionsbüro und auf den Schreibtisch aller grün-alternativen Kreistags-, Stadtrats- oder Gemeinderatsmitglieder.

Das Buch führt Frischgewählte in die lokalpolitische Materie ein und hält auch für erfahrene Kommunalpolitiker*innen viele Kniffe parat.

Bielefeld 2020; 5., überarbeitete Auflage
DIN A5, 192 Seiten, vierfarbig, 15 Euro
ISBN 978-3-9822221-0-3

Aus dem Inhalt

- Mein Recht als Ratsmitglied
- Teambildung und Konfliktlösung
- Rechtspopulismus in den Räten

Bestellen Sie direkt bei uns – auch online:
Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld
Tel. 0521 177517 | Fax 0521 177568
akp@akp-redaktion.de | www.akp-redaktion.de



SMART CITY - EIN LUFTSCHLOSS?

Schlaue Städte durch Solidarische Ökonomie



▲ Smart City, digital vernetzt...

Foto: JCT600, CC-BY-SA



▲ ... oder doch eher grün und solidarisch?

Foto: Mehr als Wohnen, Zürich

Eine Stadt, ist eine Stadt, ist eine Stadt. Aber was ist eine smarte Stadt, eine Smart City? Das Wort »smart« kommt ursprünglich aus dem Englischen und steht für »schlau«, »clever«, »gewandt« und »gewitzt«. Neben dem Gebrauch als Eigenschaftswort findet sich im Englischen auch das Verb »to smart«. Es bedeutet »schmerzen«, aber auch »scharf«, »beißend«, »schneidend«. Beide Bedeutungen treffen sich derzeit in der Smart City.

ANKE STRÜVER, ANDREAS EXNER UND ANDREA JANY,
RCE GRAZ-STYRIA

Seit einigen Jahren werden wir immer häufiger mit der Smart City konfrontiert. Sie geistert durch Politik und Medien – und sie begeistert Politik und viele Medien. Sie verspricht eine nachhaltige urbane Zukunft und mehr Lebensqualität. Smart City ist ein Begriff, aber auch ein Stadtkonzept. Es steht für die Digitalisierung urbaner Infrastrukturen. Dabei geht es vor allem um Mobilität, Energie und den öffentlichen Raum, aber auch um Dienstleistungen und Verwaltungsprozesse. Sensoren und Software sollen die Energieversorgung, die Abfallentsorgung oder die Verkehrsüberwachung und -steuerung »smarter« machen. Smart City heißt oft auch nichts anderes als das: Vernetzung aller internetfähigen Geräte untereinander.

Digitale Technologien sind kein Selbstzweck

Eine schlaue Stadt kann eine digitale Stadt sein. Digitale Technologien sind dabei allerdings der Weg zum Ziel und das Mittel zum Zweck. Sie sind kein Selbstzweck. Bislang rechtfertigt

der Zweck, eine Stadt »schlau« zu machen, nie die finanziellen Mittel, sie vollständig zu digitalisieren. Denn diese Mittel fehlen an anderen Stellen, etwa beim öffentlichen Wohnbau, für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, für mehr Sozialleistungen und besseren Grünraum. In vielen Fällen bleibt zudem das Ziel der Smart City äußerst vage. Meist wird es mit »Effizienzsteigerung« verbunden. Doch bleibt häufig unklar, inwiefern »Effizienz« dabei hilft, die Lebensqualität zu erhöhen.

Das Leitbild der digitalen Stadt in Form der Smart City gibt es seit Anfang der 2000er Jahre. Städte sehen sich mittlerweile weltweit in Konkurrenz zueinander – um Bewohner*innen, um Lebensqualität und natürlich um Innovationen wie digitale Infrastrukturen. Viele versuchen sich daher als Smart City zu vermarkten – auch wenn unklar ist, was das genau bedeutet. Ist es smart, Daten digital zu sammeln und mittels Software die Stadt effizienter, sauberer und sicherer zu machen? Das müsste man erst einmal näher diskutieren. Doch öffentliche Debatten zu Smart City gibt es kaum. Graz soll seit 2010 immer »smarter« werden. Diese Entwicklung begann mit dem Forschungsprojekt »live Graz – smart people create their smart city«.

Fünf Smart City Quartier geplant

Der erste Meilenstein markiert das Jahr 2020. Das Ziel: fünf Smart City-Quartiere in der Stadt. Gegenwärtig wird am ersten Smart City Quartier im Bereich der Waagner-Biro-Straße unter dem Titel »My Smart City Graz« gebaut. Auf einer Fläche von 8,2 Hektar entstehen auf einem ehemaligen Industriegebiet westlich des Hauptbahnhofs Wohn-, Büro- und Geschäftsfächen. Nachhaltige Technologien, flexible Mobilitätslösungen und die Versorgung mit erneuerbaren Energien sollen umgesetzt, die Nachbarschaft gefördert werden. Für rund 3.000 Bewohner*innen entstehen 920 Wohneinheiten in drei Bauabschnitten. Hinzu kommen 50 Einheiten für Büro- und Gewerbeflächen. Die Straßenbahn wird in das Gebiet verlängert. 700 Stellplätze für Fahrräder und zehn für Elektrofahrzeuge werden errichtet. Die Idee zur Förderung der Nachbarschaft soll durch ein Quartiersbüro realisiert werden. Die Liegenschaft befindet sich nicht in städtischer Hand. Die Entwicklung ist daher von privaten Investoren geprägt. Zur übergeordneten Koordination und Abstimmung haben sich diese zu einem Verein zusammengeschlossen. Weitere Smart City Gebiete sollen folgen und langfristig die gesamte Stadt Graz »smart« werden lassen.

Bei einem Spaziergang durch Graz ist derzeit nicht viel »Smartes« zu sehen. Sehen kann man dafür die »smart shity«-Graffiti, die über die ganze Stadt verteilt sind. Sie regen zum Denken an: Worauf zielt die Kritik derjenigen, die diese Graffiti sprayen? Was läuft in Graz und in anderen Smart Cities schief? Offenbar sind

nicht alle davon überzeugt, dass »smart« auch automatisch »gut« heißt. Und tatsächlich gibt es zunehmend kritische Stimmen. Sie weisen darauf hin: Smart City ist oft nur ein Vehikel für die Verkaufsstrategien von Technologie- und Beratungsfirmen; es fehlt eine öffentliche Diskussion zur Frage, ob eine Stadt »smart« sein soll und was das heißt; in vielen Fällen wird die Smart City zu einem weiteren Weg, öffentliche Haushalte und Infrastrukturen zu kürzen; und Menschen noch stärker zu überwachen, als es bereits geschieht.

Schlau statt smart

Vielleicht sollten wir uns darauf einigen, dass wir unter »smart« einfach »schlau« verstehen. Schlaue Lösungen zu finden ist weniger kontrovers. Wie könnte eine solche schlaue Stadt aussehen? Wir plädieren dafür, »smart« nicht mit »digital« gleichzusetzen. Es ist nicht immer schlau, digitale Technologien einzusetzen – und es ist umgekehrt nicht schlau, darauf unbedingt zu verzichten. In einer schlaue Stadt geht es nicht um digitale Technologien als Selbstzweck. Es geht vielmehr darum, soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Lebensqualität mit wenig Aufwand zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Alles was dabei hilft, ist gut und schlau.

Wie die Dinge in einer von Wirtschaftswachstum getriebenen Gesellschaft liegen, wird sich die Digitalisierungsdynamik nicht einfach umkehren und auch nicht in Luft auflösen. Das Luftschloss der Smart City aber vielleicht schon: Wenn wir erkennen, dass wir nicht unbedingt mehr Technik, aber sicherlich mehr Mut und Kooperation in der Stadt benötigen.

So hat die Corona-Krise die essentiellen Elemente einer Stadt im Frühjahr 2020 freigelegt, dazu gehören: Solidarität, Kooperation, öffentlicher Freiraum und leistbarer Wohnraum für alle, sowie genug Grün in der Stadt. Diese Elemente miteinander zu verbinden, Synergien zu schaffen und Stadtentwicklung zu demokratisieren, indem wirklich alle gleichermaßen mitreden können – das wäre schlau.

»Schlau« ist das neue »smart«! Wie wäre es, wenn Graz zur Vorreiterin dabei wird?

Smart durch Solidarische Ökonomien

Die Projekte City of Collaboration und SMASH (Smart Sharing) versuchen, wissenschaftlich begleitet auf zwei Ebenen einer schlaue Smart City näher zu kommen. Zum einen werden Solidarische Ökonomien und Initiativen porträtiert, um den Smart City-Diskurs im Sinne einer schlaue Konzeption zu erweitern. Zum anderen wird genau dies in der »My Smart City Graz« in der Waagner-Biro-Straße versucht, punktuell zu implementieren und auch zu beforschen.

Kürzlich hat SMASH eine Online-Zukunftswerkstatt abgehalten, für Anwohner*innen, Aktivist*innen und Menschen aus verschiede-

nen Themenfeldern, von Tauschkreis-Initiativen bis hin zu Solidarischen Landwirtschaftsprojekten. Als erste konkrete Projekte hat sich eine Lager-Food Coop herauskristallisiert, für die als Rechtsform die Genossenschaft in Frage käme, ein lokaler Tauschkreis-Stammtisch. Außerdem: eine Ausgabestelle für die Regionalwährung Styrrion sowie eine stärkere Kooperation mit dem lokalen Kostnixladen, um in weiterer Folge eine Bibliothek der Dinge zu entwickeln.

Demokratisierung der Stadtentwicklung

Die gelebte Utopie einer Stadt der Kooperation beinhaltet eine umfassende Demokratisierung von Stadtentwicklung. Sie widmet sich der Frage, wie die Alltagsökonomie der Menschen verbessert werden kann: »Was brauchen verschiedene soziale Gruppen in ihrem Alltag, um gut leben zu können?« Dazu ist zunächst einmal eine Nahversorgung mit allem Lebensnotwendigen wichtig, die in vielen Bereichen im urbanen Raum heute fehlt, was unter anderem die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr verstärkt. An ihre Stelle sind zum Beispiel Filialen großer Lebensmittelkonzerne getreten. Solche Konzerne haben eine übermäßige Verhandlungsmacht gegenüber Zulieferern aufgebaut. Auf diese Weise setzen Lebensmittelkonzerne die landwirtschaftlichen Betriebe unter Druck – während sie mit einem romantisierten Bild dieser Betriebe gleichzeitig um Kundenschaft werben. Die Konzentration räumlicher Strukturen trägt auf diese Weise dazu bei, wirtschaftliche Strukturen zu hierarchisieren und den Spielraum für Demokratie einzuengen.

Umgekehrt könnte eine bessere Nahversorgung die kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützen, vor allem dann, wenn diese Nahversorgung im Lebensmittelbereich demokratisch organisiert wird. Doch reicht die Alltagsökonomie weit über die Lebensmittelversorgung hinaus. Sie bedarf zudem lokaler Reparatur- und Servicebetriebe, die der Wegwerfkultur entgegen arbeiten, und einer guten Versorgung mit Zustelldiensten, Arztpraxen und Apotheken sowie Bankfilialen. Wesentlich für eine funktionierende Alltagsökonomie sind schließlich die öffentlichen sozial-ökologischen Infrastrukturen: von der Wasserversorgung über das Energiesystem bis hin zur Abfallentsorgung und zur Erhaltung von Straßen. Ebenso gehören dazu die öffentlichen Dienstleistungen im Bereich von Care, beispielsweise Schulen und Kindergärten, Pflegeheime und Krankenhäuser. Eine schlaue Stadt findet sozial und ökologisch gute Antworten auf die Frage, wie die Alltagsökonomie verbessert und demokratisiert werden kann, und setzt sie in die Praxis um.

Bei dem Text handelt sich um eine leicht veränderte Version des gleichnamigen Beitrags in der Zeitschrift LAMA, No. 95. Die ganze Ausgabe kann hier heruntergeladen werden: ausreisser.mur.at/archiv/95/95lama.pdf

ANZEIGEN

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de



DORFGENOSSENSCHAFT IN DER GEMEINDE LOSENSTEIN

Um's EGG

Nachdem sich der Betrieb eines Lebensmittelgeschäfts in der klassischen Unternehmensform in der 1.600 Einwohner-Gemeinde Losenstein nicht mehr rentierte, suchte Bernd Fischer neue Lösungsmöglichkeiten. Gemeinsam mit anderen gründete er »Um's EGG«, eine Genossenschaft deren Mitglieder sowohl Produzent*innen wie auch Konsument*innen sind. Mit Bernd Fischer sprach David Steinwender von CoC.

David Steinwender: Zu Beginn, was ist Um's Egg und wie ist es entstanden?

Bernd Fischer: Es ist eine Dorfgemeinschaft. EGG steht für »Ennstaler Genossenschaftsgeschäft«. Es ist dadurch entstanden, dass ich als Nahversorger im Ortskern schließen musste – wie viele andere auch – und eine Gruppe von Kund*innen und Lieferant*innen nicht locker gelassen hat. Wir haben gemeinsam überlegt, ob wir das nicht in anderer Form noch einmal versuchen könnten. Für mich war von Anfang an klar, wenn, dann sollte es ein Genossenschaftsgeschäft sein, damit sich die Verantwortung auf viele Schultern verteilt. Wir haben mit Kunden und Lieferanten gemeinsam eine Genossenschaft gegründet und das Geschäft mit verändertem Konzept neu aufgestellt.

Wir bieten ein Lebensmittelvollsortiment, wie in einem Supermarkt, wir haben ein regionales Angebot, einen großen Bioanteil, einen Biogroßhändler für alles, was wir nicht regional beziehen können. Es ist so eine Verbindung von Bauernladen und Supermarkt. Und ich glaube, es ist der erste genossenschaftlich organisierte Supermarkt mit Selbstbedienung in Österreich.

Was hat es mit der Selbstbedienung auf sich?

An drei Tagen in der Woche, Dienstag, Freitag und Samstag, haben wir geöffnet und es ist eine Verkäuferin anwesend. Da können alle Menschen einkaufen kommen. Für unsere Mitglieder gibt es Zutrittskarten fürs Geschäft, die können an sieben Tagen die Woche rund um die Uhr einkaufen, sich bei der Kassa anmelden und selbst kassieren. Das funktioniert sehr gut und wird immer besser. Wir haben derzeit 150 Zutrittskarten ausgestellt. Am Anfang haben etwas weniger als die Hälfte trotzdem noch an den drei Öffnungstagen eingekauft, aber gerade die Coronazeit hat da einen starken Schub gebracht, es wurde zum großen Vorteil, dass man alleine ins Geschäft rein kann. Inzwischen machen wir 75 Prozent des Umsatzes in Selbstbedienung.



▲ Bei der Ums EGG-Challenge versuchten Familien, einen Monat nur bei Ums EGG einzukaufen.

Foto: Dorfgemeinschaft Ums EGG

Ist die Verkäuferin angestellt oder wird diese Aufgabe von den Mitgliedern abgedeckt?

Wir haben nicht so viele Mitglieder, dass wir das schaffen würden. Wir haben zwei bezahlte Angestellte, die aber auch Mitglieder der Genossenschaft sind. Während ihrer Arbeitszeit arbeiten sie gegen Bezahlung, ansonsten auch ehrenamtlich. Es gibt eine Gruppe von etwa 15 Personen, die immer wieder mal einspringen, zum Beispiel beim Reinigen, Regale einräumen oder bei Transporten. Das ist bei einer Genossenschaft ja gut möglich, dass man ehrenamtliche Arbeit mit bezahlter Arbeit kombiniert. Auch wenn die Angestellten in Urlaub sind oder im Krankenstand können unsere »Eggspert*innen«, wie wir sie nennen, den Verkauf übernehmen.

Ihr nennt euch »Dorfgemeinschaft«. Was ist das besondere daran? Ist das eine spezielle Form der Genossenschaft?

Es war schon vor der Gründung klar: Es geht darum, die Infrastruktur eines Dorfes zu schüt-

zen, zu erhalten, zu unterstützen. Gründungsgrund war zwar das Ende des Nahversorgers, aber unser Anliegen war von Anfang an auch die Nachbarschaft zu unterstützen, die kleinen Geschäfte zu erhalten oder bei Bedarf weitere Geschäftsfelder zu übernehmen. Wir könnten etwa auch einen Gasthof eröffnen. Wichtig ist auch, dass nicht nur die Haushalte als Kund*innen, sondern auch ein großer Teil der Lieferant*innen Mitglieder sind. Von 70 Lieferanten sind 20 Genossenschaftsmitglieder. Auch sie können jederzeit hinein, die Regale neu befüllen, aber natürlich auch einkaufen. Wir sind auch mitten im Ortskern angesiedelt, zwischen Kirche, Gasthaus, Schule und anderen Geschäften.

Woher kam die Idee?

Es gibt viele geistige Väter und Mütter. Da ja so ein Sechs-Tage-Betrieb finanziell nicht mehr machbar ist, haben wir anfangs zum Beispiel auch an eine Food Coop gedacht oder einen Bauernladen. Aber bei der Umfrage, die wir gemacht

haben und an der sich viele Haushalte beteiligt haben, war das Ergebnis klar: gewünscht ist wirkliche Vollversorgung. Wir haben uns dann einiges angeschaut, in Deutschland und Österreich, manches waren Genossenschaften, manches auf Vereinsbasis. Der entscheidende Hinweis war ein Beispiel aus Schweden, ein Supermarkt ohne Verkäufer*innen. Bei uns ist es schließlich eine Kombination geworden.

Welche Tipps hast du für Personen, die auch so etwas machen wollen?

Der Schlüssel sind die Menschen. Man braucht eine Gruppe von sechs bis zwölf Personen, würde ich sagen, die wirklich Zeit investieren wollen. Gut ist eine Mischung, junge Leute und ältere, die auch in ihren Kreisen, etwa Kirche und Politik, gut vernetzt sind. Denn genau diese Netzwerke sind wichtig für den Aufbau. Und dann braucht man einen langen Atem und den Mut, es einfach zu versuchen.

Link: ums-egg.at

WIRTSCHAFT FÜR DEN MENSCHEN

Ausstellung zeigt Alternativen zum Kapitalismus

Wirtschaftliches Handeln erscheint heute für viele wie ein Prozess, den wir nicht wirklich beeinflussen können. Krisen brechen über ganze Gesellschaften herein wie ein Unwetter. Das Wachstum der Produktion von Gütern und Dienstleistungen scheint fast automatisch abzulaufen, so als handelte es sich um ein Naturgesetz, das der Mensch nicht ändern kann. Was in Vergessenheit geraten ist: Wirtschaft sind wir alle!

ANDREAS EXNER, COC

Wirtschaftliches Handeln hat immer nur einen einzigen legitimen Zweck, nämlich konkrete Bedürfnisse zu erfüllen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise widerspricht diesen Prinzipien. In ihrem Rahmen werden die Entscheidungen darüber, was von wem für wen auf welche Art produziert und verteilt wird, von wenigen getroffen, die noch dazu in permanenter Konkurrenz gegeneinander stehen. Sie orientieren sich daran, Profit zu maximieren, wobei die Geldvermehrung keinem konkreten Bedürfnis dient und daher keiner Sättigung unterliegt. Die Ausstellung »Wirtschaft für den Menschen« legt den Finger auf diese Problematik und zeigt, dass es Alternativen gibt. Auf zehn Tafeln stellt sie die Themen »Solidarische Ökonomie, Genossenschaften und Demokratie« in einer Sprache dar, die auch für Menschen ohne Vorkenntnisse und für Jugendliche einen Einstieg erlauben soll.

Feminismus und Ökologie verbinden

»Wirtschaft für den Menschen« verbindet die feministische Diskussion zu Wirtschaftsethik und Care mit den ökologischen Herausforderungen unserer Zeit, die mit dem kapitalistischen Wachstumsimperativ sowie der gegen Mensch und Natur rücksichtslosen Geld- und Warenform zusammenhängen. Maria Mies und Ina Praetorius werden dabei in kritischen Kontrast mit dem patriarchalen Denken von Aristoteles gebracht, der gleichwohl betonte, dass Wirtschaft sich an der Frage der Haushaltung orientieren muss und nicht an der Vermehrung von Geld. Mit Blick auf die sozial-ökologische Vielfachkrise betont Kate Rowarths »Doughnut-Modell« der Wirtschaft, dass wirtschaftliches Handeln zweierlei berücksichtigen muss: planetarische und soziale Grenzen.

Die Ausstellung gibt im Anschluss daran Beispiele für Wirtschaftsweisen, die sich im Rahmen dieser Grenzen bewegen. Nach einer Darstellung der Prinzipien Solidarischer Ökonomien wirft eine weitere Tafel in Hinblick darauf einige Schlaglichter auf deren lange Geschichte. Dabei werden die von Männern dominierten Anfänge frühsozialistischer Debatten mit der tragenden Rolle von Frauen für die Entwicklung Solidarischer Ökonomien kontrastiert, mit Ela Bhatt, der Gründerin der Self-Employed Women's Association in Indien als einem

prominenten Beispiel. Darauf folgt eine Tafel zur Rolle von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch, den Vorläufern der heutigen Raiffeisenverbände und des Österreichischen Genossenschaftsverbands. Die Genossenschaften dieser beiden Verbände sind in allen Wirtschaftssektoren von der Landwirtschaft über Handel und Gewerbe bis hin zu Medien und Wohnbau aktiv. Ein besonders interessantes Beispiel für die regionale Entfaltung Solidarischer Ökonomien bietet Brasilien, dem eine eigene Tafel gewidmet ist. Darauf folgt ein detaillierter Blick auf Beispiele aus Österreich. Dabei werden der Stellenwert von Genossenschaften in der traditionellen Arbeiterbewegung gewürdigt, neue Entwicklungen von Genossenschaften für Ein-Personen-Unternehmen und zur Stärkung reiner regionaler Lebensmittelversorgung beleuchtet und die Bandbreite von Genossenschaftsverbänden in Österreich dargestellt: vom neuen Verband Rückenwind, der die Diskussion zu Solidarischer Ökonomie merklich belebt und vorangetrieben hat, über den CoopVerband, der sich von der Insolvenz des Konsum erholt hat und neu positioniert, bis hin zum Österreichischen Verband Gemeinnütziger Bauvereinigungen und zu den schon erwähnten Raiffeisenverbänden sowie zum Österreichischen Genossenschaftsverband.

Zwei gesonderte Tafeln konzentrieren sich auf Geschichte und Leistungen des Genossenschafts-komplexes Mondragón im spanischen Baskenland sowie auf neue Formen Solidarischer Ökonomien, die sich nicht nur als Genossenschaften organisieren. Den Abschluss bildet eine Tafel zur Perspektive der Wirtschafts-demokratie im Kontext einer von Vandana Shiva so genannten planetarischen Demokratie. Dazu werden Beiträge der katholischen Soziallehre, der Arbeiterbewegung, christlich-sozialer Politiker und des muslimischen Humanismus gewürdigt. Denn die Essenz Solidarischer Ökonomie, so zitiert die Ausstellung den früheren Staatssekretär für Solidarische Ökonomie in Brasilien Paul Singer, ist die Demokratie.

Die Ausstellung wird in Graz und anderen Städten im öffentlichen Raum gezeigt. Lehrmaterialien sollen in Zukunft die Verwendung der Ausstellung im Schulunterricht erleichtern.

• Diese Seite wurde mit 250 Euro vom Verein für solidarische Ökonomie (Wien) finanziert.



SCHWERPUNKT STADT ALS REALE UTOPIE



EINE GENOSSENSCHAFT ALS DACH FÜR NACHHALTIGES HANDELN

Nichts für Einzelkämpfer

Die Allmenda Social Business eG entstand aus dem Talenttauschkreis Vorarlberg und hat inzwischen mehrere neue nachhaltige Projekte in verschiedenen Geschäftsfeldern hervorgebracht. Andreas Exner (RCE Graz) sprach mit Gernot Jochum-Müller, einem Mitbegründer von Allmenda.

Andreas Exner: Was ist deine Rolle bei Allmenda?

Gernot Jochum-Müller: Ich bin Mitbegründer und ehrenamtlicher Obmann und Geschäftsführer, das ist ein ziemlich zeitintensives Hobby.

Wann und warum habt ihr die Genossenschaft Allmenda gegründet?

Wir sind 2007 gestartet, aus dem Talenttauschkreis Vorarlberg heraus. Wir hatten als Tauschkreis so viele Projekte und so große Beträge zu bewegen, dass der Vorstand gesagt hat, das ist haftungstechnisch schwierig. Wir wollten bewusst nicht den klassischen Weg gehen, also der Verein gründet eine GmbH, die ihm gehört. Darum haben wir entschieden, wir stellen neben den Verein eine Genossenschaft und haben alle großen Projekte, die mit mehreren hundert Euro – in Form von Talenten – zu tun hatten, in die Genossenschaft übergeben, wo sie sich weiterentwickeln konnten. Daraus haben sich dann zahlreiche Aktivitäten entwickelt. Allmenda ist also eine Projektgenossenschaft für nachhaltige und sinnvolle Projekte.

Du hast es angesprochen, es scheint viel ehrenamtliche Arbeit dahinter zu stecken?

Wir nehmen uns die Freiheit, Projekte zu machen, die sich kostenmäßig nicht decken, daher bleibt öfter bei der Vorstandstätigkeit etwas übrig, das wir nicht bezahlen können, weil wir schauen, dass die Projekte finanziell gut dastehen. Manchmal fehlen uns einfach die Finanzierungsmöglichkeiten, weil das, was wir tun, sehr neu und darum noch unbekannt ist.

Allmenda hat sich aus einem Tauschkreis entwickelt. Was genau ist der Talenttauschkreis?

Es handelt sich um ein wechselseitiges Kredit-system, in dem mit Talenten bezahlt wird. Dadurch entsteht eine neue Wertbemessung, jede Arbeit ist gleich viel wert, nämlich 100 Talente sind eine Stunde. Materieller Aufwand wird natürlich abgegolten. Getauscht wird wirklich eine große Vielfalt von Tätigkeiten: Nachbarschaftshilfe, Einkaufen in Kleinbetrieben, es sind auch Vereine und Betriebe dabei. Man könnte sagen, es ist ein Netzwerk für lokale und faire Ökonomie. Derzeit haben wir 700 Konten, darunter Einzelpersonen, Familien, Vereine, Betriebe, auch die Allmenda Genossenschaft ist weiterhin Mitglied im Tauschkreis.

Wir bewegen im Talenttauschkreis in Vorarlberg ein Volumen zwischen 600.000 und eine Million Euro an regionaler Wertschöpfung jährlich – wenn man die Talente in Euro umrechnet. Daraus entstehen dann Projekte, wo Mitglie-



▲ Im S' Fachl können kleine Produzent*innen ihr Waren ausstellen und verkaufen.

Foto: Allmenda

der zusammenkommen und überlegen, können wir das gemeinsam nicht besser machen, die Kreisläufe besser schließen. Diese Projektideen landen dann erst einmal in der Allmenda, wo wir sie unterstützen, bis sie auf eigenen Beinen stehen können.

Wo ist die Grenze oder der Unterschied zu einer Regionalwährung?

Das ist schwierig mit den Begriffen, wir definieren es so: Beides sind Regionalwährungen. Talente sind eine Regionalwährung, für die man arbeiten muss, die kann man nicht in Euro tauschen oder kaufen. Was landläufig als Regionalwährungen bezeichnet wird, ist durch Euro gedeckt. Das heißt, man parkt Euro auf einem Bankkonto und bringt eigene Scheine in Umlauf, die ein bestimmtes Ziel haben, zum Beispiel die Kaufkraft in eine bestimmte Region zu lenken. Regionalwährungen kann man kaufen oder abonnieren. Man bekommt dann monatlich einen bestimmten Betrag und bringt den bei den Betrieben in Umlauf. Das hat den Effekt, dass der Betrieb auch wieder überlegt, wo kann ich in der Region einkaufen und so die regionale Wertschöpfungskette stärkt. So entstehen immer neue Kreisläufe, neue Kooperationen, eine neue Art, wie man aufeinander zugeht. Es handelt sich um zwei Werkzeuge für unterschiedliche Zwecke.

Wer macht die Einlage?

Für die Währungen, die wir herausgeben, macht Allmenda die Einlage. Wir geben auch die Scheine heraus, wir sorgen dafür, dass das Geld auch da ist und gedeckt ist. Wir sind Herausgeber für die beiden Vorarlberger Regionalwährungen, die Langenegger Talente und den V-Taler, und auch für den oberösterreichischen Ennstaler. Wir sind auch gerne bereit, zu unterstützen, wenn neue Regionalwährungen entstehen sollen. Die Partner vor Ort können sich dann auf das Netzwerk und Mitgliederpflege konzentrieren, wir übernehmen das Organisatorische.

Nun gibt es ja bei der Allmenda noch andere Tätigkeitsfelder, kannst du darüber etwas erzählen?

Ein wichtiger Bereich sind die Bürgerkraftwerke. Menschen zeichnen Genossenschaftanteile und wir investieren in Photovoltaikanlagen in Kooperation mit Gemeinden. Diese Bürgerge-

nossenschaften sind eigene Genossenschaften innerhalb der ALLMENDA. In einer Gemeinde haben wir zum Beispiel eine Photovoltaikanlage auf dem Turnsaal gebaut. Weil alle Investoren auf ihre Rendite verzichten, können wir der Schule und dem Kindergarten Sponsoring für Umweltprojekte im Dorf geben. Das heißt, wir leisten einen doppelten Beitrag zur Nachhaltigkeit, einmal zur Energiewende und für Umweltprojekt in den Schulen. Unser Motto ist »Alles was Sinn macht«. Es geht uns darum, eine möglichst große gesellschaftliche Wirkung zu erreichen. Deshalb schütten wir nie Gewinne aus, sondern reinvestieren immer alles.

Ein weiteres Projekt ist das »S'Fachl« in Dornbirn. Da sind wir Franchise-Nehmer, das gibt es auch schon in anderen Städten. Es ist ein Laden, in dem viele kleine Hersteller ihre Produkte anbieten können. Eigentlich ist das ein Konzept für größere Städte, wir haben das aber hierher geholt, weil wir sagen, wir brauchen das auch hier, weil es auch hier diesen Marktplatz für kleine Betriebe braucht. Das könnten sich aber die Produzenten nicht leisten, darum sind wir die Betreiber, aber wir sagen, es ist euer Marktplatz.

Mit solchen Initiativen können wir Menschen in ihre Selbstständigkeit begleiten, sie ermutigen ihren eigenen Talenten nachzugehen. Wir unterstützen sie, ihre Produkte professionell zu vermarkten.

Könnte man das als Entwicklungslabor für angehende Unternehmer*innen bezeichnen?

Für manche auf jeden Fall, und Labor ist gutes Stichwort – eines unserer Geschäftsfelder ist das Change Lab. Da trauen wir uns, zu experimentieren. Wir haben etwa gemeinsam mit dem ÖAMTC dazu geforscht, wie Autos mehr gemeinsam genutzt werden können und haben daraus das »Caruso Car-Sharing« auf den Weg gebracht, erst unter dem Schirm von Allmenda, inzwischen als eigene Genossenschaft und in Vorarlberg flächendeckend vorhanden.

Das klingt alles sehr beeindruckend. Ist Vorarlberg ein fruchtbarer Boden für Genossenschaften?

Zwar gibt es eine lange Tradition in Sennereigenossenschaften, Konsumgenossenschaften, aber es ist nicht so, dass hier besonders viele Genossenschaften gegründet wurden. Aber es gibt viele Initiativen, in denen dieser Gedanke

lebt: kooperativ zu wirtschaften, Unternehmen zu verbinden mit gesellschaftlichem Wandel.

Welche Empfehlungen für Genossenschaftsgründung kannst du Menschen mitgeben, die das auch versuchen wollen?

Unser Gründungsprozess war sehr unkompliziert, weil wir das Netzwerk schon hatten. Ich kenne aber auch viele schwierige Fälle. Unsere Herausforderung ist eher, dass wir nicht nur ökonomisch denken, sondern an unseren Themen dran bleiben und dennoch Kostendeckung erreichen. Oft ist es schwierig, unser Profil beizubehalten, manchmal müssen sich Akteure zusammenraufen um an einem Strang zu ziehen.

Aber ich denke, inzwischen haben wir ein gutes Umfeld geschaffen, ein gutes Fundament. Wichtig ist, dranzubleiben, langfristig zu denken. Es gibt viele Studien darüber, dass Genossenschaften besonders stabil in Krisen sind. Man trägt gemeinsam bei, man steht zusammen, so erzielt man Langlebigkeit. Aber das wichtigste dabei sind die Menschen, das ist nichts für Einzelkämpfer*innen.

Link: allmenda.com

ANZEIGE

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
info@rote-hilfe.de • www.rote-hilfe.de

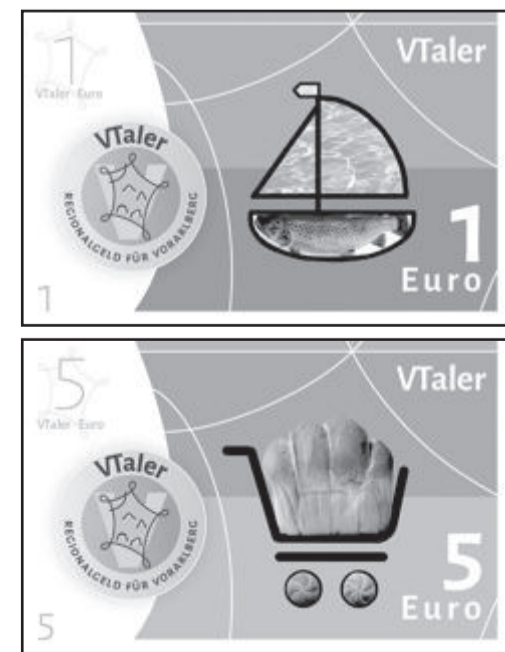
Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
Sparkasse Göttingen BIC: NOLADE21GOE

ROTE HILFE Schwerpunkt 4/2020:
Zeitung gegen Repression Das Virus und die Reaktion

ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Rote Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Erhältlich auch in gut sortierten
Büchereien und Buchhandlungen



▲ Zwei Beispiele für die neue Serie des V-Talers

Foto: Allmenda

FÜR EINE SANITÄRWEENDE

Nährstoffkreisläufe schließen und politisch korrekt defäkieren

Jede*r macht es mehrmals täglich. Ob nur Druck auf der Blase oder gleich »das große Geschäft«. Es ist ein höchst persönliches und oft Tabu behaftetes Thema. Abhängig von Region, Geschlecht, Ernährungsstil und individueller Tagesform sind es im Schnitt rund 1,4 Liter Urin und 140 Gramm Fäzes pro Person und Tag sagt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall. Dieses vermeintliche Abfallprodukt enthält allerdings noch wertvolle Nährstoffe.

MALTE KRAUS (STUTTGART) &
ALINA REINARTZ (ROTENBURG)

Stickstoff, Phosphor, Kalium, Calcium, Magnesium, Schwefel und viele weitere wichtige Spurennährstoffe sind für das Pflanzenwachstum unverzichtbar. Pro Jahr produziert jede*r von uns auf der Toilette rund 4.400 Gramm Stickstoff, 550 Gramm Phosphor und 550 Gramm Kalium zusammen. Im Fall von Stickstoff ist diese Menge schon genug, um einen Gemüsegarten von 300 bis 400 qm zu düngen.

Und was machen wir? Wir vermischen unsere nährstoffreichen Ausscheidungen mit einer Menge frischem Trinkwasser und schicken es zusammen mit unserem anderen Grauwasser aus dem Haushalt unterirdisch auf den weiten Weg zur Kläranlage. Auf dem Weg vermischt sich dieses bis dahin recht harmlose häusliche Abwasser mit kommunalen und gewerblichen Abwässern aus Industriegebieten, Universitätslaboren, Krankenhäusern und Pflegeheimen. Dies führt zu erhöhten Konzentrationen von Schadstoffen, Schwermetallen und Pharmazeutika, die für die Umwelt sehr problematisch sind. Das seit gut 100 Jahren kaum veränderte System der Schwemmkanalisation bietet darüber hinaus noch weitere Risiken: unbemerkte undichte Kanäle, die das Grundwasser belasten, und allerlei Lebensgemeinschaften von Ratten und Keimen. Am Ende der Reise haben die Kläranlagen die nahezu unlösbare Aufgabe, diesen Cocktail aus Wert- und Schadstoffen so zu behandeln, dass anschließend wieder



▲ Gerade an abgelegenen Orten ist mensch manchmal froh, es zu finden: ein stilles Örtchen.

Foto: Jonas Linder/Kompotol AG

sauberes Wasser in die umliegenden Flüsse entlassen werden kann. Hier werden also unter Einsatz von viel Energie, Chemikalien und Technik Nährstoffe wie Stickstoff und Phosphor eliminiert.

Dem gegenüber steht die ebenfalls energieaufwendige Gewinnung von Düngemitteln für die Landwirtschaft. Roh-Phosphor stammt aus dem Bergbau aus zum Beispiel Marokko, Russland oder der Türkei und ist damit eine endliche Ressource, die in einem zweiten Schritt pflanzenverfügbar gemacht werden muss. Stickstoff in konventionellen, mineralischen Düngemitteln wird größtenteils in Chemiefabriken durch das Haber-Bosch-Verfahren aus Luft-Stickstoff gewonnen. Dazu braucht es 14 kWh pro Kilogramm Stickstoff. Setzt man diese Energiemenge zu der vom Mensch ausgeschiedenen Jahresmenge an Stickstoff (4.400 kg) ins Verhältnis, wäre das in

etwa so, als würde man einen großen Haarfön zwei Tage am Stück durchlaufen lassen – ohne sich dabei die Haare zu fönen.

Legalisierung von Nährstoff-Recycling

Bäuer*innen düngen, wir essen, geben einen Großteil der Nährstoffe wieder ab und entsorgen diese. Bäuer*innen kaufen neuen Dünger, düngen und so weiter und so fort... Das ist der Lauf der Dinge, der leider nicht im Kreis läuft. Läge es da nicht nahe, diesen Kreislauf zu schließen? Natürlich! Geeignete Verfahren für die sichere Nutzbarmachung sind die Herstellung von Nährsalzen aus den flüssigen Ausscheidungen und die Heißrotte oder auch Verkohlungen der festen Trockentoiletteninhalte. Dabei gilt es, sowohl angemessene Hygienestandards einzuhalten, als auch die nötigen Nährstoffgehalte für

die Anerkennung als Düngemittel zu erreichen. Allerdings ist derzeit die Nutzung von Nährstoffen aus wasserlos gesammeltem Urin und Fäzes in der deutschen Gesetzgebung nicht geregelt und liegt damit in einem an Illegalität grenzenden Graubereich. Einen wichtigen Beitrag für die politische Arbeit hin zur Legalisierung dieser Art der nachhaltigen Nährstoffrückführung hat nun eine Gruppe aktiver Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen rund um das Netzwerk für nachhaltige Sanitärsysteme (NetSan) e.V. gemeinsam mit dem DIN e.V. geleistet. Sie haben mit der DIN SPEC 91421 einen Produktstandard erstellt, der in Zukunft bei der Entscheidung helfen kann, ob ein Recyclingprodukt sicher genug für die bodenbezogene Nutzung im Gartenbau ist.

Es geht also um nichts weniger als eine Sanitärwende und ein Update unserer veralteten Infrastruktur.

Dafür braucht es auf politischer Ebene eine Kraftanstrengung, um sichere, dezentrale und zukunftsorientierte Systeme für Nährstoff-Recycling in Deutschland zu legalisieren. Ziel ist es, die verschiedenen Ausscheidungen schon an der Quelle getrennt zu erfassen und der jeweils passenden Weiterverarbeitung zuzuführen. Es gibt bereits verschiedene Initiativen, die an Infrastrukturlösungen für die Verwertung fester Ausscheidungen und Herstellung sicherer Recyclingdünger arbeiten. Notwendig ist dafür die Aufnahme menschlicher Ausscheidungen in die Düngemittelverordnung, um sie als Ausgangsstoff zur Weiterverarbeitung nutzen zu dürfen. Gleichzeitig gilt es die Bildungsarbeit auszuweiten, um Vorurteile bezüglich der Nutzung von Düngemitteln auf Basis von aufbereiteten menschlichen Ausscheidungen abzubauen.

Mit eigenem Urin düngen

Wer nicht auf die Politik warten will und die eigenen Vorurteile bereits überwunden hat, kann direkt aktiv werden. Als Privatanwender*in kann Urin mit Wasser verdünnt (1:10) direkt zur Bewässerung und Düngung von fruchtendem Gemüse und krautigen, mehrjährigen Pflanzen eingesetzt werden. Das führt zu einer doppelten Einsparung: eine günstige Alternative zu handelsüblichem Dünger und weniger Energieverbrauch in der kommunalen Kläranlage. Oder mensch stellt sich direkt das Trockentrennklo in den Garten und baut sein eigenes Gemüse an! Wer die wissenschaftliche und politische Arbeit für die sinnvolle Nutzung der Nährstoffe menschlichen Ursprungs unterstützen und sich weiter informieren möchte, ist auf den Seiten des NetSan e.V. genau richtig. Dort findet mensch auch die Trockenkloanbieterin des Vertrauens in der eigenen Region. Denn auch Kackeln ist politisch!

Link:

<https://www.netsan.org/>
<http://www.goldeimer.de/>

NETZWERK SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT

Vernetzung gegen eine Vereinnahmung von rechts

Seit gut einem Jahr plant die AG »Rechte Tendenzen« des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft für März 2021 die Fachtagung »Kartoffel, Kürbis, Vaterland - Landwirtschaft aus rechter Hand« - und bekommt dafür viel Unterstützung und Rückenwind.

BARBARA GRAF, SOLAWI-NETZWERK

Als die AG im Frühjahr 2020 mit dem Programmwurf begann, war der inhaltliche Rahmen schnell gesteckt. Bei dem ersten Orga-Treffen eine Woche vor dem Lockdown ahnten wir noch nicht, wie viel zusätzliche Arbeit Covid-19 uns bringen würde. Dass antidemokratische und rechte Tendenzen in der Mitte unserer Gesellschaft wieder salonfähig geworden sind, war uns ja nicht neu, aber die Dichte der Ereignisse im ökologischen Landwirtschaftsbereich, die auf die Verunsicherung durch die neue Pandemie folgte, überraschte uns dann doch.

In vielen Gruppen drohte das Corona-Thema zu spalten oder mindestens Unmengen an Energie zu verschlingen, was uns dazu veranlasste, auf der Homepage des Solawi-Netz-

werkes eine Stellungnahme zu den »Corona-Querfront-Protesten« zu veröffentlichen. Das löste wiederum eine Welle von Reaktionen aus, viel Zustimmung, aber auch einige empörte, seitenlange E-Mails. In unseren Beratungsgesprächen zeigte sich sehr deutlich – Aufklärung und das Beleuchten der Hintergründe sowie eine Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung sind wichtige Voraussetzungen, um überhaupt eine gute Diskussionsebene herzustellen.

Hierzu gab es im Herbst zwei spannende Veranstaltungen: »Unsere Felder sind bunt« fand Ende Oktober im Nordwesten bei Verden statt, mit einem Vortrag von Andreas Speit und einer Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen der Öko-Anbauverbände. Im November organisierte FARN, die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, einen digitalen Fachtag mit dem Titel »Ökodiktatur oder Graswurzelbewegung? Natur- und Umweltschutz zwischen Autoritarismus und Liberalismus« mit interessanten Workshops.

Hier zeigte sich, dass wir bei einigen Zielen unserer geplanten Fach-

tagung schon mitten im Prozess sind – bei Vernetzung und Austausch der Öko-Anbauverbände zu dem Thema der rechten Vereinnahmungsversuche und damit, diese Tendenzen viel deutlicher in die Öffentlichkeit zu holen. Beispielsweise hat Bioland mittlerweile einen Arbeitskreis gegen rechte Vereinnahmung ins Leben gerufen, demeter eine »Standortbestimmung« veröffentlicht, mit einer geschichtlichen Aufarbeitung der Thesen Rudolf Steiners zur biodynamischen Landwirtschaft und einer deutlichen Abgrenzung zu völkischem und rassistischem Gedankengut.

Besonders inspirierend ist die Positionierung von »Dreschflieger«, einem biologischen Saatguthersteller, der wiederholt Probleme mit Anhänger*innen von »Anastasia« und der Reichsbürger*innen-Bewegung hatte. In dem Text »Dreschflieger gegen braune Tendenzen« werden die thematischen Überschneidungen zwischen rechten Ökologien und ökologischen Themen genau beleuchtet und die eigene Position fundiert dargestellt.

Ganz aktuell hat die Heinrich-Böll-Stiftung in Thüringen eine

neue Broschüre herausgegeben: »Naturliebe und Menschenhass« über völkische Siedler*innen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern, in der es auch ein Kapitel über die rechten Ökologien gibt.

Motivierend ist für unsere Arbeit auch das Gefühl, überall offene Türen einzurennen und Unterstützung zu bekommen. So wird die geplante Fachtagung getragen von einem breiten Bündnis aus Verbänden, Netzwerken, der Uni Jena und Stiftungen.

Und zusätzliche Arbeit haben wir nicht nur durch den eingefügten Programmpunkt zu Verschwörungsideologien, sondern auch durch die Unsicherheit, in welcher Form wir die Fachtagung durchführen können. Wir gehen derzeit von einem »Hybrid-Format« aus, sprich einer Kombination aus Präsenz- und Online-Veranstaltung. Einige schöne Beispiele dafür haben wir jetzt ja schon miterlebt.

Die Tagung findet am 22. und 23. März 2021 in Jena bzw. online statt. Weitere Infos, den Einladungsflyer und die Anmeldemodalitäten unter: <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-netzwerk/arbeitsgruppen/rechte-tendenzen>

ANZEIGE

Solange es Menschen gibt, gibt es Wanderungen. Heute leben und arbeiten viele Menschen aus Afrika in Europa und Deutschland. Und sie leben oft hier, um ihren Familien Geld zu schicken: Rücküberweisungen.

Rücküberweisungen
Magazin Verlag, 2020, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

MANNHEIM: NEUE CD VON EWO²

» Unser Prinzip ist die Veränderung «

Die Mannheimer Band »ewo²« hat einen neuen »Liederzyklus« auf CD eingespielt. Einigen bekannt von Demoauftritten, beispielsweise gegen Stuttgart21, nimmt die Band musikalisch wie inhaltlich Stellung gegen einen immer enthemmter agierenden Kapitalismus und gegen die sich anbahnende Klimakatastrophe. Dabei ist »Avanti Popolo« sowohl Programm als auch Erinnerung an ein italienisches Arbeiterlied, denn eine andere Musik und eine andere Welt sind möglich.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

An mehreren Stuttgarter Montagsdemos sind sie schon aufgetreten und auch den Mobilitätskongress von »Bahn für Alle« haben sie musikalisch bereichert: Die MusikerInnen des »kleinen elektronischen Weltorchesters«, abgekürzt »ewo²«. Wobei »klein« in diesem Falle wörtlich zu verstehen ist, denn die Gruppe um den Gitarristen und Sänger Bernd Köhler tritt meistens nur zu dritt auf.

Applaus gab es reichlich bei ihren Konzerten, PassantInnen blieben bei der Montagsdemo stehen und lauschten. Lag es an der lebendigen Stimme von Bernd Köhler, dem feinfühligem Akkordeonspieler von Laurent Leroi oder der virtuosen Geige von Joachim Romeis, dass die ZuhörerInnen in ihren Bann gezogen wurden? Oder überzeugte das ausgefeilte Zusammenspiel der Gruppe, die sowohl mit kämpferischen Liedern als auch mit melancholischen Stücken überzeugte?

Seit mehr als 20 Jahren

»Kurz nach den bleiern 90er Jahren« hatte sich das kleine elektronische Weltorchester gegründet – neben Bernd Köhler mit der Soundtüftlerin Christiane Schmied

und dem Gitarristen Hans Reffert. Damals habe sich subtil schon angedeutet, was den Auftakt des neuen Jahrtausends bestimmen sollte, schreibt Köhler im Begleittext zur neuen CD: »Weltweite Stellvertreterkriege und Verteilungskämpfe mit massenhafter Flucht und Vertreibung und in der Folge das Anwachsen völkisch-nationalistischer Bewegungen in den Metropolen. Begleitet von einem immer enthemmter agierenden Kapitalismus und der sich anbahnenden weltweiten Klimakatastrophe.«

Dieser Ansage wollten sie sich als MusikerInnen stellen – musikalisch wie inhaltlich, und tun dies immer noch. Dabei spannen sie den Bogen vom bekannten internationalen ArbeiterInnenlied, das sich im CD-Titel wiederfindet, über neu interpretierte Volkslieder, einem jüdisch-polnischen Lied bis zu eigenen Kompositionen.

Bei ihrer Gründung verstanden sie sich »als kreatives und politisches Projekt ganz im Sinne von Künstlern wie Hanns Eisler und Wladimir Majakowski«, einem Vertreter des russischen Futurismus der 20er Jahre. Mit ihrer aktuellen CD will ewo² wieder »eine aktuelle Bestandsaufnahme der Verfasstheit der Welt im allgemeinen und unseres kleinen Ensembles im Besonderen« veröffentlichen und dabei »hörbare Einblicke in die Topografie widerständiger und aufklärerischer Kunst und Kultur« bieten.

Linke Lieder

Glücklicherweise seien ihre zwölf Lieder schon vor »Corona« aufgenommen worden, so dass sich nicht das Neue und Ungewisse in der Titelauswahl widerspiegeln, sondern »das historisch Grundsätzliche mit all seinen Bezügen zu heute«, wie Köhler schreibt.



▲ Illustration zu den Begleittexten von »Avanti Popolo 3«

Graphik: Bernd Köhler

Beispielsweise fanden sie ein Volkslied aus der Zeit rund um die französische Revolution, das mit dem Titel »Ist der Reichtum eine Frucht« die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln anprangert. Mit original spanischem Text lädt dann »Hasta siempre« als ein Klassiker des neuzeitlichen Revolutionslieds zum Mitsummen sein. Allerdings erklingt der Refrain mit »Comandante Che Guevara« in der melancholischen Tangovernion von ewo² weniger kämpferisch als das Original.

Ebenso bekannt und mit eingängiger Melodie erinnert »Che sarà« an die vielen Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre verarmten, ländlichen Regionen verlassen mussten, ohne zu wissen, was die Zukunft brin-

gen würde. Das Thema Flucht habe die MusikerInnen nach den fremdenfeindlichen Auseinandersetzungen im Jahr 2015 zudem veranlasst, auch an einen oft vergessenen Teil deutscher Geschichte zu erinnern. Im Stück »Ein stolzes Schiff« des Arbeiterdichters Hans Schacht besingen sie die Reise ins Ungewisse von niedersächsischen Handwerkern und Bauern Mitte des 19. Jahrhunderts.

Das Verdienst von Bernd Köhler mit seinem elektronischen Weltorchester sei es, »politisches Liedgut in die Gegenwart hinüber zu retten«, wie der Rezensent der Jungen Welt schreibt. Mit Bezug zur aktuellen politischen Lage hat er damit wohl das eindringliche Klezmerstück »S'brannt« gemeint,

das zum Widerstand im Krakauer Ghetto aufruft. Außerdem hört sich das bekannte »Lied von der Moldau« in der Vertonung von Hanns Eisler erstaunlich aktuell an. Damit sandte Bert Brecht 1943 aus seinem Exil eine Botschaft »an die geschundene Welt«, dass »nach jeder Nacht auch wieder ein Tag kommt«, denn »das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine«. Eine nicht nur inhaltlich, sondern auch musikalisch eindrückliche Botschaft!

Infos zur CD:

ewo² (das kleine elektronische Weltorchester): Avanti Popolo 3, Liederzyklus (12) zu Themen der Zeit. Mannheim, 2020 (Eigenvertrieb), 17 Euro inkl. Versand. Bestellung über bk@ewo2.de

BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Rehabilitation für die Biologin Rosalind Franklin

Rosalind Franklin (1920–1958) war eine bedeutende britische Molekularbiologin, die sich auf das Fachgebiet Röntgenstrukturanalyse spezialisiert hatte. Ihre Beiträge zur Entdeckung der Struktur der menschlichen DNA wurden jedoch weitgehend erst posthum anerkannt.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Franklins Untersuchungen über die Struktur von Kohle und ihre Arbeiten zum Tabakmosaikvirus und Poliovirus wurden bereits zu ihren Lebzeiten geschätzt, heißt es in einer Veröffentlichung des Philatelistischen Büros von Gibraltar. Kürzlich erschien auf

Gibraltar die weltweit erste Briefmarke mit dem Konterfei von Rosalind Franklin. Hinter dieser Marke verbirgt sich eine tragische, bössartige Geschichte, wie eine empirisch und gründlich arbeitende Wissenschaftlerin um Würdigung und Erfolg ihrer Forschungen gebracht wurde.

Bereits mit 17 Jahren bestand Rosalind Franklin, eines von fünf Kindern einer wohlhabenden Bankiersfamilie, die Zulassung zur Universität Cambridge. Die Chemieprüfung meisterte sie als Beste. 1941 beendete sie ihr Studium. Der beste Abschluss in physikalischer Chemie legitimierte sie, mit einem College-Stipendium in Cambridge zu forschen.

Emanzipierte Schülerin

Schon als Schülerin hatte sich Rosalind Franklin zu einer selbstbewussten Persönlichkeit entwickelt. Bestärkt und gefördert wurde sie dabei durch den progressiven Bildungsansatz der St.-Paul's-Mädchenschule. Die Schule hatte sich zum Ziel gesetzt, ihren Schülerinnen Grundlagen für eine eigenständige Berufsausbildung zu vermitteln. Sie sollten in der Lage sein, sich durch Berufstätigkeit selbst zu ernähren und nicht um der Versorgung willen auf eine Eheschließung angewiesen sein.

Franklin studierte zu einer Zeit, in der akademische Bildung für Frauen noch lange nicht selbstverständlich war, bilanzierte Brenda Maddox,

eine ihrer Biografinnen. Besonders in naturwissenschaftlichen Fächern hatten es Wissenschaftlerinnen schwer, anerkannt zu werden. Das bekam auch Rosalind Franklin zu spüren. Seit 1950 arbeitete sie am renommierten Londoner King's College.

Zuvor hatte sie in einer kriegswichtigen Einrichtung physikalisch-chemische Eigenschaften von Kohle untersucht und darüber promoviert. Im Anschluss arbeitete sie in einem französischen Labor, in dem Röntgenstrahlung zur Analyse der inneren Struktur von Kohlenstoffen eingesetzt wurde. Ihre Ergebnisse publizierte sie in Fachaufsätzen und erfuhr dafür Wertschätzung und Anerkennung. Franklin wurde zu einer hervorragenden Spezialistin für Röntgenbeugungsaufnahmen.

Forschungsverrat

Von Beginn an stand Franklins Arbeit am King's College unter einem ungünstigen Stern. Der stellvertretende Leiter des Laboratoriums, Maurice Wilkins, sah in ihr seine Assistentin und keine Kollegin, der er auf Augenhöhe begegnete. Zwischen beiden entwickelten sich starke Spannungen. Diese machte sich ein Dritter, James Watson, zu Nutzen.

Watson drängte Wilkins dazu, ihm ohne Wissen und Einwilligung von Franklin, deren gelungenstes Röntgenbeugungsbild Nr. 51 und

dazugehörige unveröffentlichte Forschungsergebnisse zu zeigen. Einige Zeit später fiel James Watson und Francis Crick ein weiterer noch nicht publizierter Forschungsbericht von Rosalind Franklin in die Hände. Darin beschrieb sie detailliert ihre Beobachtungen der Veränderung der DNA-Struktur von der A-Form zur B-Form. Das Foto 51 hatte fundamentale Bedeutung für die spätere Entdeckung der DNA-Doppelhelixstruktur durch Watson und Crick, die dafür 1962 gemeinsam mit Maurice Wilkins mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet wurden.

Späte Würdigung

Zeit ihres Lebens erfuhr Rosalind Franklin nicht, dass Watson und Crick sie »in Kumpanei mit ihrem Intimfeind Wilkins ausgetrickst« hatten, schrieb der Soziologe und Wissenschaftsforscher Gerhard Fröhlich in einem Beitrag über Fälschungsskandale. Deren DNS-Modell fußte auf Franklins Berechnungen und Bildern. Fröhlich wirft Wilkins »Maulwurfstätigkeit und Männerbündelei« vor. Für ihn ist es ein Rätsel, für welche eigene wissenschaftliche Leistung Wilkins den Nobelpreis erhalten habe.

1953 wechselte Rosalind Franklin für ihre letzten Lebensjahre zum Londoner Birkbeck College. Hier arbeitete sie am lebenden Poliovirus. Beim Verlassen des King's College hatte man ihr abverlangt, nicht mehr

an der DNA zu arbeiten. Nach jahrelanger Arbeit mit Röntgenstrahlen wurde im Herbst 1956 Eierstockkrebs bei Rosalind Franklin diagnostiziert. Sie starb am 16. April 1958, drei Monate vor ihrem 38. Geburtstag.

2002 führte die niederländische Universität in Groningen ein Forschungsstipendium und ein Jahr später die britische Gelehrten-gesellschaft Royal Society einen akademischen Förderpreis ein. Beide widmeten ihre Auszeichnungen der Biochemikerin, die wesentliche Grundlagen zur Entschlüsselung der DNA-Struktur lieferte. In Kiel wurde im Oktober 2016 eine Straße auf dem Campus des Universitätsklinikums nach Rosalind Franklin benannt.



ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien



Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:

www.aroma-zapatista.de

HIERARCHIEBILDUNG IN BEWEGUNGEN



Das Graswurzel-Projekt »Conscious Evolution Kollektiv« behauptet in seiner Publikation, dass unbequeme oder gar kontroverse Informationen grundsätzlich nicht verlustfrei über Hierarchiestufen hinweg fließen können.

Wenn das stimmt, dann stellt das ein Problem für jede Organisationsform dar. Insbesondere für viele Zusammenschlüsse der Gegenbewegung, die bewusst ohne klar festgelegte Positionen und feststehende Feedback-Mechanismen organisiert sind, könnte diese »anti-emanzipatorische Tendenz« einen fatalen Stolperstein darstellen.

Um das herauszufinden, haben die Autor*innen ein Ermächtigungstool, das jede*r Teilnehmer*in jederzeit die Verantwortungsübernahme ermöglicht, über mehrere Jahre in Gruppenexperimenten getestet. Sie berichten ausführlich über ihre Erfahrungen und erläutern die Methoden, die sie dabei angewendet haben. Zudem stellen sie eine umfassende These auf, warum Menschen trotz erklärtermaßen bester Absichten immer wieder in eine Haltung verfallen, die, stark vereinfacht, als ein Resultat von gesellschaftlicher Entfremdung und der damit verbundenen Dichotomie von Unterwerfung und Dominanzstreben aufgefasst werden kann.

Ob die im Buch aufgestellte Theorie als Erklärungsversuch ausreicht, scheint mir dabei nicht das Wesentliche des aus meiner Sicht unbedingt zu führenden Diskurses. Ich kenne die beschriebenen kontraproduktiven Phänomene aus eigener Erfahrung, und zwar sowohl von meiner studentischen Nebenbeschäftigung, ein wenig politischem Aktivismus, als auch aus der Gemeinschaftsszene, in der ich mich eine Zeit lang bewegt habe.

Das Fazit, dass, wie Erich Fromm es konstatiert hat, der modern deformierte Mensch zu echtem solidarischen Handeln (noch) gar nicht befähigt sei, sondern eine gewisse Warentauschmentalität zwischenmenschliche Beziehungen unerschwinglich dirigiert, halte ich für richtig. Die Folge davon ist, dass jede Leitung, ob nun formell installiert oder im Sinne einer Kompetenzhierarchie gewachsen, letztendlich abgekoppelt wird vom Informationsfluss, und damit in der Ausübung ihrer Kompetenz beschnitten oder handlungsunfähig gemacht wird. Eine ungünstige Entwicklung ist damit vorprogrammiert.

»Das Guruparadox« fand ich bei der Analyse meiner Erfahrungen und als Inspiration zum Weiterdenken absolut hilfreich. Das Buch deutet, unabhängig davon, ob man dem Erklärungsversuch zustimmt, auf ein ernstzunehmendes Problem hin: Die ungewollte Entstehung und Erstarrung von Hierarchien. Dies führt in letzter Konsequenz zu einer gruppenspezifischen Blasenbildung, zu Abschottung statt zu Integration. Diese Problematik muss von jedem einzelnen und gemeinschaftlich in den Fokus gelangen. Dazu will dieses Buch beitragen. Mehr dazu auf der Website des Kollektivs: conscious-evolution.xyz.

Lina Schmidt

Das Guruparadox. Integrale Hierarchiekompetenz und Gemeinschaftsbildung. Verlag Edition AV, Bodingburg 2019, 120 Seiten, 14,50 Euro

ENERGIEWENDE UND NACHHALTIGKEIT



Die Energiewende ist nicht nur ein technisch-innovativer Prozess, der unter bestimmten politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen stattfindet, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen und sozialen Wandels. Die von den Herausgeber*innen als »gesellschaftliche Megatrends« bezeichneten Entwicklungen, vor deren Hintergrund die Energiewende eingeordnet werden soll, sind in diesem Fall Digitalisierung, Mobilität und wachsende soziale Ungleichheit. Ob dies die relevanten Megatrends sind, ob andere hinzukommen und welche Relevanz sie besitzen, darüber lässt sich auf der Basis dieses Bandes zumindest trefflich streiten.

Entstanden ist das Buch vor dem Hintergrund des Projektes »EnerTrend – Systemische Analyse von Wechselwirkungen der Energiewende in NRW mit zentralen Megatrends«. Der Sammelband gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil ist überschrieben mit dem Titel »Megatrends, Entwicklung, Konzept und Kritik«. Hier findet sich eine Auseinandersetzung mit den Koordinaten von Prognosen, Trend- und Zukunftsforschung. Es wird also gewissermaßen der wissenschaftliche Überbau geliefert.

Die Beiträge im zweiten Teil befassen sich mit den Wechselwirkungen zwischen der Energiewende und den sogenannten Megatrends. Hervorzuheben ist der Beitrag von Radtke und Drowing, in dem die Energiewende vor dem Hintergrund des normativen Anspruchs und der tatsächlichen Umsetzung und damit seiner Nachhaltigkeit einsortiert wird. Dabei geht es um das Bewusstsein der Bevölkerungsprozessen und die Steuerung der Energiewende als politischer Prozess im föderalen System der Bundesrepublik. Weber und Kühne legen in ihrem Beitrag eine Typisierung von Bürgerprotesten gegen Energiewende-Projekte vor. Knie und Canzler setzen sich in gewohnter Weise mit der Mobilitätswende auseinander und plädieren für lokale Experimente mit breiter Beteiligung. Stengel sieht die Chancen einer Ernährungswende eher im Bereich technischer Innovationen durch Bioreaktoren. Interessant ist auch der Beitrag von Drowing und Glanz, die aus einer Perspektive der Genderforschung die Sozialstruktur der Energiegenossenschaften als Zusammenschluss alter, wohlhabender Männer mit großem Zeitbudget sehen, die wenig zu einer sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende beitragen.

Es wird deutlich, dass die Sozialwissenschaften Erkenntnisse zu einer nachhaltigen Umsetzung der Energiewende beisteuern können. Insgesamt ein gehaltvoller Band mit vielen guten Argumenten. Schade, dass auf ein Fazit zum Status Quo der Energiewende verzichtet wurde, sodass man zu dessen Einordnung zum Vorwort von Leggewie zurückblättern muss.

Herbert Klemisch

Steven Engler, Julia Janik, Matthias Wolf (Hg.): Energiewende und Megatrends. Wechselwirkungen von globaler Gesellschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit. Transcript Verlag, Bielefeld 2020, 380 Seiten, 39 Euro
Kostenlose PDF-Version unter: <https://tinyurl.com/y63fx5sv>

VON KLASSENBEGRIFFEN UND DER »SOZIALEN FRAGE SCHLECHTHIN«



Das neue Buch des Kölner emeritierten Politikwissenschaftlers Christoph Butterwegge besteht aus vier Kapiteln. Zunächst beschreibt er die Schlüsselbegriffe »Ungleichheit«, »Armut« und »Reichtum«, untersucht die Legitimation der sozialen Ungleichheit und erörtert die Vorzüge der Gleichheit. Im zweiten Kapitel stellt er wichtige Theorien der Ungleichheit vor: die Klassentheorie von Karl Marx, Max Webers Klassenbegriff und neuere Klassentheorien. Butterwegge, der sich anscheinend marxistisch verortet, kritisiert Thesen des Buches »Die Abstiegsgesellschaft« von Oliver Nachtwey (2016). Butterwegge kritisiert, dass Nachtwey die BRD zur Abstiegsgesellschaft erklärt, obwohl diese nach 2009 zehn Jahre wirtschaftlich floriert habe – und nur einzelne Bevölkerungsgruppen vom sozialen Abstieg betroffen oder bedroht waren. Butterwegge kritisiert auch den »diffusen, kulturalistisch deformierten bzw. verkürzten Klassenbegriff« des Kulturosoziologen Andreas Reckwitz, den dieser in seinem vielbeachteten Buch »Gesellschaft der Singularitäten« (2017) entwickelt.

Im dritten Kapitel geht es anschließend um die Klassengesellschaft im Wandel. Danach beleuchtet Butterwegge die Haupterscheinungsformen der Ungleichheit. Neben den Einkommens- und Vermögensverhältnissen analysiert er die Bereiche Gesundheit, Bildung und Wohnen, die für ihn aktuell »die soziale Frage in Deutschland schlechthin« ausmachen.

In einem Abschnitt widmet er sich auch der Corona-Krise. Schon in normalen Zeiten sind Herz-Kreislauferkrankungen und psychische Erkrankungen in den so genannten »Unterschichten« weitaus häufiger als in den reicheren Klassen. Wer arm ist, muss eher sterben, die Lebenserwartung von Armen ist rund zehn Jahre geringer als die von Reichen. »Hauptopfer sämtlicher Pandemien«, so Butterwegge, »sind die Armen der von ihr heimgesuchten Gesellschaft«. Sozial bedingte Vorerkrankungen und katastrophale Arbeitsbedingungen sowie beengte und hygienisch bedenkliche Wohnverhältnisse, insbesondere das Leben in Gemeinschaftsunterkünften, erhöhten das Risiko. Die Covid-19-Pandemie hat dem Autor zufolge die Ungleichheit wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht: »Nicht das Coronavirus ist unsozial, sondern eine reiche Gesellschaft, die ihre armen Mitglieder zu wenig vor einer Infektion und den wirtschaftlichen Verwerfungen der Pandemie schützt.«

Christoph Butterwegge publiziert unermüdlich und seine Beiträge gegen die soziale Ungleichheit in der Öffentlichkeit haben Gewicht. Was auch daran liegt, dass es nicht mehr so viele so kritische Stimmen gibt, weder von Intellektuellen noch aus Gewerkschaftskreisen. Das Buch gibt einen guten Überblick über die Ungleichheitsforschung. Leider ist es, wie die meisten Bücher Butterwegges, etwas »trocken« geschrieben, was seinen inhaltlichen Wert aber nicht mindert.

Anne Seeck

Christoph Butterwegge: Ungleichheit in der Klassengesellschaft; papyrossa Verlag, Köln 2020, 183 Seiten, 14,90 Euro

AUF »KLASSENREISE«



Mit diesem Buch möchten die Herausgeber*innen dazu beitragen, das Schweigen von jenen, die selbst aus einer Arbeiter*innen-Klasse oder Armutsklasse kommen und klassistische Erfahrungen gemacht haben. Es enthält elf autobiografische Texte, die auf Basis von Interviews entstanden sind. Theißl und Aumair war es wichtig, so nahe wie möglich an der gesprochenen Sprache zu bleiben, die Texte lesen sich wie eine protokollierte mündliche Erzählung.

An erster Stelle steht in vielen Beiträgen die Bedeutung von Bildung, da Klassenreisen vor allem aufgrund von Bildungsentscheidungen zustande kommen. Aber auch Sprache, Geschlecht und eine biografische Scham prägen Klassenreisen entscheidend. In diesem Buch wird erstmals auch die dörfliche Herkunft als besondere Quelle der Scham für Klassenreisende thematisiert. Im Gegensatz zur Stadt als (angeblichem) Zentrum des Fortschritts und des kulturellen Lebens wird das Dorf als Hort des Rückständigen konstruiert.

Die beiden Herausgeber*innen verweigern eine unpolitische Sichtweise auf Klassismus. Für sie ist anti-klassistischer Aktivismus nicht etwas, mit dem für eine Teilhabe von Arbeiter*innen-Kindern an bürgerlichen Privilegien gekämpft wird. Die Klassengesellschaft an sich wird herrschaftskritisch infrage gestellt. Sie plädieren für einen intersektionalen Feminismus als eine Utopie, die das gute Leben für alle bedeutet. Armut diene der Aufrechterhaltung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse, indem sie unmittelbar Betroffene, Erwerbslose und Beschäftigte gleichermaßen diszipliniere.

Zweifelloos ist Männlichkeit eng mit Erwerbsarbeit verknüpft. Hegemoniale Männlichkeiten, also jene, die mit dem größtmöglichen gesellschaftlichen Status einhergehen – weiß, heterosexuell, ohne Behinderung – sind stets auch eine des ökonomischen Erfolgs und ein Bestandteil von klassistischen Mustern.

Die Texte sind ein gelungener Mix aus theoretischen Überlegungen und »persönlichen« Erfahrungen, die doch nicht exakt getrennt werden können: »Du gehörst nicht hin, wo du bist, aber du gehörst auch nicht mehr dorthin, wo du herkommst.« Diese Erfahrung machen viele. Aber gibt es eine Vokabel für zum Beispiel die Trauer über den sozialen »Aufstieg«?

Bei der Lektüre wird – einmal mehr – deutlich, wie »ungerecht« das Bildungssystem und die Vermögensverteilung sind, und wie stark Klassismus wirkt; wie er Menschen in ein »Unten« und ein »Oben« einteilt und sie in ihren Gestaltungsmöglichkeiten beschränkt.

Die Lektüre von »Klassenreise« macht Mut und bestärkt. Dafür gebührt den engagierten Herausgeberinnen ein großes Danke. Interessant ist, dass ein Titel zu diesem Thema im Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes erscheinen kann. Es wäre gut, wenn die deutschen Gewerkschaften sich diesen Themas stärker annehmen würden.

Bernd Hüttner

Betina Aumair, Brigitte Theißl (Hrsg.): Klassenreise. Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt; ÖGB-Verlag, Wien 2020, 140 Seiten, 19,90 Euro

REISE NACH PERMATOPIA



Eine Familie erzählt ungeschminkt von ihrem Versuch, in einem Wohnprojekt kompromisslos ökologisch zu leben. Filmemacher Erlend E. Mo kann nicht schlafen. »Ich mache mir Sorgen wegen des Klimawandels«, beichtet er seiner Frau. So beginnt die Dokumentation über seine Familie, für die die Angst vor der Erderwärmung bald so dringend wird, dass sie nicht weiter in ihrem Bullerbü-Idyll auf dem Bergbauernhof seines Vaters in Norwegen leben wollen. Sie machen sich auf die Suche nach ihrem »Utopia«.

Ihre Wahl fällt auf »Permatopia«, eine nachhaltig ausgerichtete Gemeinschaft in der Nähe von Kopenhagen, die auf Selbstversorgung aus Permakultur, erneuerbaren Energien und ökologisch gebauten Häusern basiert. Mit ihren drei Kindern verlassen sie den Bauernhof, auf dem Erlend seit seiner Kindheit lebt, und verbringen die nächsten Monate in verschiedenen Ferienhäusern, wo sie die Fertigstellung ihres Reihenhauses in »Permatopia« beaufsichtigen. Denn das Projekt, in das sie ihre Hoffnung setzen, gibt es noch nicht. Neun Monate soll der Bau dauern. Doch daraus werden 17 Monate in erdrückender Enge, die Kosten laufen aus dem Ruder, und auch das neue Haus ist für die Familie eigentlich zu klein.

Erlend, der die Sprache in der Heimat seiner Frau nicht spricht, kommt in Dänemark nicht richtig an, fühlt sich auch in der Gemeinschaft lange fremd. Er fährt oft zurück auf seinen Bauernhof, eine Ehekrise bahnt sich an, und sie denken darüber nach, das Projekt zu verlassen. Im entscheidenden Moment ist es die jugendliche Tochter, die sie überzeugt, nicht aufzugeben.

Schonungslos ehrlich und selbstkritisch dokumentiert der Vater über mehrere Jahre die Suche seiner Familie nach einer gelebten Nachhaltigkeit. Dabei fragt er nicht so sehr, wie dieses »richtige Leben im Falschen« aussehen kann, sondern interessiert sich für die Prozesse auf dem Weg dahin. Es ist eine Nabelschau, und doch geht die Tür in anderthalb Stunden Filmhandlung nur einen Spaltbreit auf: Die Konflikte werden nur grob umrissen und gestreift, die Hintergründe von Entscheidungen bleiben bei aller Offenheit im Detail doch privat. Dafür fehlt dem Film der Überbau einer leitenden Idee, die über das Abbilden von überwindbaren Hürden auf einem nebulösen Weg hinaus geht. Insbesondere die Gemeinschaft selbst wird kaum plastisch porträtiert, den Zuschauer*innen bleibt sie genauso fremd wie anfangs dem Erzähler. Damit ist der Film vor allem eine Selbstvergewisserung mit Wiedererkennungswert für alle Menschen, die auf der Suche nach einer funktionierenden ökologisch orientierten Gemeinschaft gescheitert – oder fast gescheitert – sind. Denn ob, und warum, »Permatopia« für die Familie Mo am Ende einlöst, was es im Filmtitel verspricht, ob es also tatsächlich ihr »Utopia« wird, bleibt offen. Vielleicht wissen sie es ja selbst noch nicht.

Friederike Grabitz

Die Reise nach Utopia, Regie: Erlend E. Mo. Mit Ingeborg Fangel Mo, Solbjørg Fangel Mo, Aslaug Fangel Mo, Arve Johannes Fangel Mo. Dänemark / Norwegen / Schweden, 89 Minuten

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

DIGITALER POPULISMUS

One Belt, One Road

14. Januar, 19 Uhr (Online)

Runya Qiaoan beschäftigt sich mit der Analyse von Online-Diskursen und dem sogenannten digitalen Populismus. In China setzt die Regierung vermehrt dieses Mittel ein, um die Bürger*innen von ihrem politischen Programm zu überzeugen. Am Beispiel der Online-Diskussion in den Parteimedien zur Belt & Road-Initiative werden die diskursiven Merkmale dieses Unterfangens analysiert. Unter der Bezeichnung »One Belt, One Road« werden seit 2013 Projekte gebündelt, die Interessen und Zielen der Volksrepublik China unter Staatspräsident Xi Jinping zum Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastruktur-Netze mit über 60 weiteren Ländern Afrikas, Asiens und Europas dienen.

Die Zugangsdaten werden in Kürze hier angegeben:
<https://tinyurl.com/yywdlmy>

SEMINAR

Was tun, wenn wir ausbrennen?

16. & 17. Januar (Berlin)

Wir, als Teil einer linken Bewegung, müssen reflektieren lernen, welche neoliberalen Muster innerhalb unserer Bewegungen verankert sind, inwieweit Ausgrenzung ebenfalls durch Abwehr von »Schwäche« stattfindet und wie wir uns effektiv stärken und unterstützen können. Ziel des Workshops ist die Sensibilisierung für persönliche, gruppendynamische und gesellschaftliche Symptome, Mechanismen und Strategien von und gegen Stresserleben, Dauer-

stress und Burnout. Auf dieser Basis werden individuelle und kollektive Bewältigungsstrategien und Handlungsperspektiven für die eigene politische Praxis sichtbar. Vorbehaltlich der Corona- Entwicklung kann es sein, dass das Seminar online angeboten wird.

Ort: Rosa Luxemburg Stiftung, 10243 Berlin
 Info: <https://tinyurl.com/y4azxjkh>

VORTRAG

Wohin steuern die USA?

21. Januar, 19.30 Uhr (Online)

Die Ära Trump ist vorbei, der neue Präsident Joe Biden will eine Rückkehr zur Normalität. Aber ist das überhaupt noch möglich? Innerhalb der demokratischen Partei wächst der Konflikt zwischen der Mitte und dem linken Flügel; gleichzeitig sind die Republikaner*innen unter Trump zu einer »post-demokratischen« Partei geworden, in der bedingungslose Loyalität mehr zählt als Rechtsstaatlichkeit. Sind die USA überhaupt noch regierbar?

Info: <https://tinyurl.com/y86kspxy>

VERANSTALTUNGSREIHE

»Zukunft statt Entlassungen«

25. Januar, 16 Uhr (Online)

Gewerkschaftliche Machtressourcen und Strategien in Deutschland und Österreich infolge der Corona-Krise. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena) & Julia Hoffmann (Arbeiterkammer Wien)

»Gesundheit statt Profite«

8. Februar, 12 Uhr (Online)

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens in Deutschland und ihre Folgen in der Corona-Krise, mit Nadja Rakowitz (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte) & Kalle Kunkel (aktiv in der Kampagne »Krankenhaus statt Fabrik«)

Organisiert von der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), Registrierung unter: <https://tinyurl.com/y6du27r3>

WORKSHOP

Community Organizing - Basisorganisation

11. bis 13. Februar (Online)

Egal ob Mieter*innen-Initiativen, Verhinderung von Großprojekten oder antifaschistische Arbeit im Kiez: Organisationsprozesse bedeuten immer auch Aushandlungsprozesse über Unterschiede hinweg. Die Corona-Pandemie bringt zudem die Herausforderung, sich vermehrt online zu organisieren. Welche Formate und welche Sprache braucht es? Wie gehen wir in der Begleitung mit unterschiedlichen Rollen und einem machtkritischen Ansatz um? In diesem Workshop wird online ausprobiert, welche Elemente aus der Großgruppenbegleitung sinnvoll in Organisationsprozesse eingebracht werden können.

Info: <https://tinyurl.com/yydbbcy7>

KULTUR

Chor- und Orchesterkonzert

20. Februar, 19.30 Uhr (Wuppertal)

»Eine Welt zu gewinnen« - diese Worte stammen aus dem kommunistischen Manifest von Friedrich Engels und Karl Marx. Das Buch gehört zu den meistgelesenen Texten der Menschheit. Der tschechische Komponist Erwin Schulhoff komponierte das Manifest in kongenialer Musik zu einem Konzerterlebnis von internationalem Format. In einer einmaligen Vorstellung lassen 180 Musiker*innen aus Wuppertal, Düsseldorf, Bremen, Köln und Melbourne dieses Werk erklingen. Eine zugleich ergreifende sowie auch kritische Erinnerung an den berühmten Sohn Wuppertals in Tönen.

Ort: Historische Stadthalle, Johannisberg 40, 42103 Wuppertal
 Tickets: <https://www.stadthalle.de/de/events/programm/>

PHILOSOPHISCHES CAFE

Rassismus in der Kultur

21. März, 16 Uhr (Berlin)

In den vergangenen Jahren wurden wiederholt Rassismen in unserer Gesellschaft diskutiert - sei es bei der Wortwahl in Kinderbüchern, Kinderliedern und -spielen oder bei Faschingskostümen. Bislang noch in einer kleinen Aktivist*innenbasis gehen Strömungen wie die »critical whiteness«-Forschung nach einen Schritt weiter und thematisieren das Konzept der »kulturellen Aneignung«, was sich unter anderem auf die sinnentfremdete Aneignung kultureller Symboliken, wie zum Beispiel Rastalocken oder Tribal Tattoos, bezieht.

Ort: Hasselwerder Straße 22, 12439 Berlin
 Info: <https://movingpoets.org/concrete5/index.php/novilla>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
 Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
 Verein: vorstand@contraste.org
 Redaktion: redaktion@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.i.S.D.P.: Regine Beyß
 Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
 Ulrike Kumpke
ulrike.kumpke@contraste.org

REDAKTION BREMEN:
 Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contraste.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
 Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org

REDAKTION FREIBURG:
 Burghard Flieger (Genossenschaften)
 ☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
 Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contraste.org

REDAKTION HAMBURG:
 Hilmar Kunath
 ☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
 Regine Beyß
regine.beyss@contraste.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
 Heinz Weinhausen
 ☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
 ☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org

REDAKTION LÜNEBURG:
 Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de
 REDAKTION SPROCKHÖVEL:
 Uli Frank
ulifrank@unverdient.de
 REDAKTION STUTTGART:
 Peter Streiff
 ☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de
 REDAKTION GRAZ:
 Brigitte Kratzwald
 ☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
 REDAKTION KLAGENFURT:
 Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contraste.org

HERSTELLUNG
 ANZEIGEN
 Kai Böhne
anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
 Eva Schmitt
abos@contraste.org

BILDREDAKTION
 Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
 Eva Sempere
layout@contraste.org

TERMINE
 Hans Wieser
termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
 Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contraste.org

DRUCK
 Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
 Twitter: @contraste_org

Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

ANZEIGEN

Jetzt am Kiosk!

Schwerpunkt USA:
 Neoliberal-Neofaschistische Allianz: Eine marxistische Prognose für Politik, Gesellschaft und die Linke in den USA nach Trump von John Bellamy Foster

Atombombe auf Bagdad:
 Wende-Linke leisteten vor 30 Jahren ideologische Schützenhilfe für den Krieg gegen den »Hitler am Golf«

Modeschaffen in der DDR:
 Zusammenspiel von Ästhetik und Funktionalität keineswegs in Grau-Beige



WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

TIERISCH SOLIDARISCH MIT DER BASIS



JETZT ABO BESTELLEN
www.lateinamerika-nachrichten.de

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN



anti atom aktuell

Berichte Meinungen Analysen

aus der antiAtom-Bewegung rund um den Erdball

werde Fördermitglied!
 < je nach Geldbeutel >

anti atom aktuell
 Tollendorf 9 | 29473 Gohrde | www.anti-atom-aktuell.de

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contraste.org

graswurzel revolution



Probeheft kostenlos: graswurzel.net/service

DER RABE RALF
 Die Berliner Umweltzeitung



Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltaäden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus

Kostenlose Probenummer:
 DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene, Tipps, Termine & Adressen